

Volkstimme

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Finanzen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfeiffer & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Herausgabe: Anfang 1861; für die Jahre 1867, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postabfertigungsliste 2, Nachträge Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 175.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabenstellen monatlich 167.00 Mark. — Anzeigengebühr: die angekündigte Sonderausgabe 34.00 Mark, auswärtig 39.00 Mark; der Reklametext Seite 120.00 Mark, auswärtig 140.00 Mark. Vereinskalender Seite 28.00 Mark. Anzeigenabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postscheckkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 276.

Magdeburg, Sonnabend den 25. November 1922.

33. Jahrgang.

Die Sozialdemokratie in Opposition.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Seit der Bildung der Regierung Euno ist die Sozialdemokratische Partei eine Oppositionspartei. Daran kann gar kein Zweifel sein. Wenn wir vor die Frage gestellt sind, ob wir zu dieser Regierung, in der Becker (Hessen) und Müller (Bonn) sitzen, Vertrauen haben, dann können wir nur antworten, daß wir kein Vertrauen haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion müßte also jeden Antrag, der der Regierung das Vertrauen ausspricht, ablehnen. Nun ist aber der Brauch, einer Regierung in aller Form das Vertrauen auszusprechen, seit der Nationalversammlung im deutschen Reichstag abgekommen. Man beschränkt sich darauf, zu erklären, ob man eine bestimmte Erklärung der Regierung billigt oder nicht billigt. Das ist ein Vertrauensvotum-Ersatz,

zu dem zu greifen man sich genötigt sah, weil bei den vorwurten parlamentarischen Verhältnissen abwechselnd bei fast allen Parteien Abneigung dagegen bestand, der Regierung das Vertrauen in aller Form auszusprechen.

Man hätte diesen Notbehelf, dem eine gewisse Zweideutigkeit anhaftet, vermeiden können, wenn man sich von vornherein darüber geeinigt hätte, daß sogenannte Vertrauensboten im Parlamentsgebrauch überhaupt gar nicht das sind, was sie dem wörtlichen Ausdruck nach zu sein scheinen. Nämlich in parlamentarisch regierten Ländern, in denen mit Vertrauensboten gearbeitet wird, bedeuten diese Boten in Wirklichkeit alles eher als den Ausdruck eines treuherrigen Vertrauens. Ein Vertrauensvotum nimmt man dort an, wenn man einer Regierung (der man im Grunde vielleicht noch so sehr misstraut)

durchweg das Leben ermöglichen will

und man lehnt das Vertrauensvotum ab, wenn man die Absicht hat, die Regierung sofort zu stürzen. Annahme oder Ablehnung des sogenannten Vertrauensbotums ist dann kein Ausdruck der allgemeinen Gesinnung, mit der man der Regierung gegenübersteht, sondern nur ein nach den Umständen gewähltes Mittel der Taktik.

In Deutschland ist man bisher gewohnt, sogenannte Vertrauensboten anders aufzufassen und ernster zu nehmen. Gerade darum ist, wie gesagt, die Ausstellung eigentlicher Vertrauensboten im Reichstag außer Acht gelassen. Es blieben die sogenannten Billigungsanträge, die nur zu bestimmten Erklärungen der Regierung Stellung nehmen. Damit ist aber auch kein Ausweg geschaffen.

Eine Regierung, der man aufs gründlichste mißtraut, kann eine solche Erklärung abgeben, daß man, ohne sich lächerlich zu machen, gar nicht darum herumkommt, sie zu billigen. Die wünschenswerte Lösung unserer parlamentarischen Methoden ist also durch die Einführung der Billigungsanträge an Stelle der förmlichen Vertrauensboten auch nicht erfolgt.

Bevor die neue Regierung ihre erste Erklärung abgegeben hat, kann die sozialdemokratische Fraktion nicht sagen, ob sie diese Erklärung billigen wird oder nicht. Die Erklärung kann aus solchen Selbstverständlichkeiten bestehen, daß man gar nicht darum herumkommt, sie zu billigen; sie kann aber auch solche Ungeheuerlichkeiten enthalten, daß man ebensoviel darum herumkommt, sie zu mißbilligen, mag nun Billigung oder Mißbilligung der vorgefaßten taktischen Absicht entsprechen oder nicht.

Was kann nun aber die

taktische Absicht der sozialdemokratischen Fraktion in der gegebenen Lage sein? Sie kann darauf ausgehen, die neue Regierung sofort wieder zu stürzen, und dann wird sie im Zweifelsfall lieber die Mißbilligung aussprechen als die Billigung. Sie kann umgekehrt die Absicht verfolgen, einen sofortigen Sturz der Regierung zu verhindern, damit zunächst einmal die Probe aufs Eiem gemacht wird und die neue Regierung zeigen kann, was sie vermag. In diesem zweiten Falle wird die sozialdemokratische Fraktion ihre Taktik so einrichten, daß die parlamentarische Existenz der neuen Regierung nicht sofort unmöglich gemacht wird.

Aus alledem geht hervor, daß vorläufig kaum etwas andres übrigbleiben wird, als die neue Regierung — um einen vollständlichen Ausdruck zu gebrauchen —

eine Weile warten zu lassen.

Sie muß erst gezeigt haben, was sie kann und was sie nicht kann. Sie muß sich erst vor den Augen schwankender und

unschlüssiger Massen als eine agrarisch-großkapitalistische Regierung demaskiert haben, bevor sie zum Sturztreif geworden ist. Die sozialdemokratische Fraktion muss in Kampfstellung zu dieser Regierung stehen, aber sie muss selber den Zeitpunkt wählen, in dem sie zum entscheidenden Schlag ausholt.

Der neue Landwirtschaftsminister.

In dem Kabinett Euno ist neben Dr. Becker (Hessen), der als Sachwalter der Schwerindustrie gelten kann, als Ernährungsminister Karl Müller (Bonn) eingetreten. Für die Berliner Presse ist Müller ein Neuling auf dem politischen Parkett, und sie bezeichnet ihn deshalb als ein politisch unbeschriebenes Blatt. Das aber ist ein schwerer Irrtum. Müller ist politisch und wirtschaftlich schwer besetzt. Er ist nichts andres als der Vertrauensmann der extremen rheinischen Zentrumsagrarien und darüber hinaus auch der Vertrauensmann der rheinischen Sonderbündler im Reichskabinett. Das hätten sich die Leute um Dorten schwerlich träumen lassen, daß eines Tages der antisoziale bis nahe an den Putschisten, müßt aktive Sonderbündler Müller in die Reichsregierung berufen werden wird.

Müller begann seine Laufbahn als Mittelstandsvertreter im Kölner Stadtverordneten-Kollegium. Daneben betätigte er sich rednerisch und journalistisch mit einer Gehässigkeit gegen die Sozialdemokratie, wie sie nach der Revolution schwerlich von einem andern Zentrumsredner erreicht worden ist. Sein besonderer Sport war die persönliche Verunglimpfung sozialdemokratischer Minister. Noch ist in Erinnerung seine über alle Maßen tiefsitzende Rede gegen den damaligen preußischen Landwirtschaftsminister, Genosse Otto Braun, auf dem rheinischen Bonner Tag im August 1920. Als Kostprobe Müllerscher Polemik seien folgende Sätze wörtlich zitiert:

Oto Braun, den die Revolutionsschwellen in den Sessel des Landwirtschaftsministers gezwungen haben, einen Vortrag, für den ihm jede Fähigkeit und was schlimmer ist — keine Tätigkeit hat es bewiesen — auch der Willen zu vorurteilsfreier Arbeit im Interesse des Berufsstandes fehlt. Der Willen fehlt ihm, weil er aus seinem sozialistischen Parteidogma nicht mehr raus kann.... Dieser Mann betreut heute die Landwirtschaft Preußens! Es ist allerdings leichter, in einem ehemalig kaiserlichen Jagdrevier zu fahren, sich einen kapitalen Bierzehnder amlich vorführen zu lassen und auf die Decks legen und sich bei den stammenden Wit- und Nachwelt als „Oto der Schätz“ wackerlich zu machen, als Agrarpolitik zu betreiben.

Dieser Mann mit solchen polemischen Sitten betreut jetzt das Landwirtschaftsministerium im Reich. Er ist nichts andres als der junge Mann des Freiherrn von Loë, des Führers der rheinischen Agrarier, der bei jeder Gelegenheit die Regierung und die Republik herunterzieht, schlimmer als die Deutschnationalen. Müller ist der Vertrauensmann der rheinischen Agrarier, die immer wieder zum organisierten Widerstand gegen die Durchführung von Reichsgesetzen, vor allem der Getreideumlage, aufgefordert haben, wenn sie ihrer Gewinnier nicht zusagte. Müller ist Angestellter der rheinischen Landwirtschaftskammer, der selben Kammer, die vor einigen Wochen demonstrativ einen von dem preußischen Innensenator abberufenen monarchistischen Regierungspräsidenten zu ihrer Führung berufen hat.

Der jetzige Minister Herr Müller stand aber auch, wie erwähnt, in den engsten Beziehungen zu den rheinischen Sonderbündlern, und zwar nicht nur derjenigen, die auf legalem Weg einen Rheinstaat im Rahmen des Reiches erstreben. Er war in einer Geheimszusage im August 1919 zum Vorsitzenden eines Aktionsausschusses gewählt worden, der die sofortige Volksabstimmung zur Lösung der Rheinlande von Preußen betreiben sollte. Das war ein verfassungswidriges, hochverräterisches Unternehmen, weil bis zum Jahre 1921 durch eine Sperrfrist jede derartige Abstimmung im Rheinland unterbunden war. Kein Wunder, daß jetzt schon entrüstete Proteste aus dem Rheinland gegen die Ernennung dieses Mannes zum Reichsminister eilaufen. Es ist unbegreiflich, wie das Zentrum dazu kommt, diesen Müller als Minister zu präsentieren.

Im Kölner Stadtverordneten-Kollegium war Müller bei allen Fraktionen, außerhalb seiner eignen, alles andere als angesehen. Sein sonderbündlerisches Auftreten und seine persönliche Gehässigkeit gegen sozialdemokratische Führer legten damals der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion in Köln die Versuchung nahe, sich an

Sitzungen, die Müller mit seiner Unwesenheit zierte, überhaupt nicht mehr zu beteiligen.

Müller wird auch von vielen Zentrumsanhängern mit sehr gemischten Gefühlen auf dem Ministerposten begrüßt werden. Die rheinischen Zentrumsarbeiter wenigstens haben gegen ihn nicht geringeres Misstrauen als wir. Man muß hoffen, daß in dem wahrscheinlich kurzebigen Kabinett Euno noch vor dessen Ende ein Wechsel im Ernährungsministerium eintreten wird. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Sozialdemokratie mit diesem herausfordernden extremen Agrarier, diesem rheinischen Separatisten, diesem Parteianhänger und böswilligen Gegner der Arbeiterbewegung anders verfahren kann als im schärfsten Kampfe. —

Verdächtiges Lob.

Reichskanzler Euno und seine Mitarbeiter erfreuen sich in der Berliner Presse allgemein einer auffallend wohlwollenden Beurteilung. Die „Deutsche Tageszeitung“ verspricht ihnen ebenso wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Gnade unter der Voraussetzung, daß sie „positive Arbeit“ leisten.

Kein Wunder, daß Paul Lenz und Becker von der „Deutschen Tageszeitung“ so bestriegt sind. Sie beide sehen in der neuen Regierung ein „Fachministerium“ — schon dieses Schlagwort bestreitet sie — ohne daran zu erinnern, daß wir bereits einmal eine Regierung der Fachmänner besaßen, die ich leider nicht nur vor dem deutschen Volke, sondern auch vor dem Ausland blamiert hat. Daß es mit diesen „Fachleuten“ nicht weit her sein kann, ergibt sich aus dem vollparteilichen Organ, der „Zeit“, die ein Wecklagen über die Absage von Berufenen Wirtschaftlern an Euno anstimmt, je daß man der Annahme sein muß, daß die Fachmänner und Wirtschaftler von ihren bisherigen Positionen ebenso hinweggelöst wurden, wie es bei Euno durch die Hapag der Fall gewesen sein soll. Die „Zeit“ schreibt:

Jetzt hat ein Mann der Wirtschaft den Aufgehen lassen, ihm bei der Bildung eines überparlamentarischen Kabinetts beizutreten. Sein Auf ist ungehört verhakt. Noch in letzter Stunde haben Persönlichkeiten abgesagt, die berufen gewesen wären, an seine Seite zu treten. Man wird auch in Zukunft davon absehen müssen, sich vorzutstellen, daß diese Männer sich dem Staate bei der Regierungsbildung zur Verfügung stellen.

Diese Einsicht hätte man billiger haben können. Schon seit Jahren weist die Sozialdemokratie darauf hin, daß berufene Wirtschaftler nie zu finden sind, wenn sie gebraucht werden. Eine kostspielige Krise hätte es da wahrscheinlich nicht bedurft. Wir werden an die Wecklagen der „Zeit“ erinnern, wenn für die jetzigen „Fachmänner“ Thats aus berufenen Kreisen gerichtet wird. —

Programmverkündung.

Die Regierung der Verlegenheit wird ihr Programm am Freitag durch Euno im Reichstag verlesen lassen. Der Verlesung wird eine zweistündige Pause folgen, um dann die Debatte zu beginnen, die noch im Laufe des Sonnabends beendet werden soll. In der kommenden Woche tagt der Reichstag wahrscheinlich nicht, da er der Regierung Gelegenheit zur Einarbeitung geben will.

Das Programm des Kabinetts Euno ist auf die Note an die Reparationskommission vom 13. November aufgebaut. Es soll ein Bekenntnis zur Reichsverfassung enthalten, was wir für selbstverständlich erachten, im übrigen aber auf die Erfüllungspolitik nur kurz Bezug nehmen.

In Erkenntnis der eignen Schwäche verzichtet die neue Regierung von vornherein auf ein positives Vertrauensvotum. Sie will sich mit einer Billigungsformel begnügen, die das Wort „Vertrauen“ überhaupt nicht enthält. Diese Formel soll in der Parteiführerbesprechung geprüft werden.

Am Donnerstag nachmittag beschäftigte sich unsere Fraktion in einer fast dreistündigen Sitzung zunächst mit der Zusammenziehung des neuen Kabinetts, die allgemeine Missstimmung herborgerufen hat. Sicher ist, daß die Fraktion nicht daran denkt, einer positiven Vertrauensformel zuzustimmen. Über ihre endgültige Haltung wird sie erst am Freitag beschließen, nachdem das Regierungsprogramm bekannt ist.

Als erster Fraktionsredner wird Genosse Breitbach sprechen. Genosse Hermann Müller ist als zweiter Redner in Aussicht genommen. —

immer ungebührigen, wenn der Redner wieder einen neuen Fall in all seinen Einzelheiten genau und umwiderleglich darstelle. Die Haltung des Ministers gegenüber Dissidenten lehrten bezeichnete er als völlig unmöglich und unverträglich mit dem Geiste der Reichsverfassung. Diese Haltung mache die Verwendung von Sozialisten als Schürektoren einfach unmöglich. Die Berufung auf die Reichsverfassung sei nicht stichhaltig, denn das Reichsgericht existiere noch gar nicht, und da auch die weltlichen Schulen noch nicht eingerichtet seien, sei es die Pflicht des Ministers gewesen, bei der Anstellung von Stellvertretern vorsichtiger zu verfahren, als er es getan habe.

Die bürgerlichen Redner von den Demokraten bis zu den Deutschen Nationalen versuchten, den Standpunkt des Ministers zu rechtfertigen. Nach diesen in der Hauptache völlig verunglückten Versuchen wies Genosse König nochmals darauf hin, daß der Standpunkt des Ministers für Preußen eine Lage schaffe, wonach Dissidenten zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt werden. Bei etwas gutem Willen wäre es für den Minister möglich gewesen, einen Ausgleich zu schaffen. Das habe der Minister nicht getan, die Sozialdemokratie bestehne deshalb nach wie vor darauf, daß die Frage der Nichtbestätigung unbedingt einer Nachprüfung unterzogen werde.

Nach diesem deutschen Wink unsrer Genossen an den Herrn Kultusminister vertrat sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. —

Vor der Cunorede.

Da das neue Kabinett sich erst am Freitag dem Parlament vorstellen kann, füllte der Reichstag auch den Donnerstag noch mit der Beratung seiner neuen Geschäftsordnung aus. Aus der zweitständigen Sitzung ist für die große Öffentlichkeit nur wenig Gemeinswertes mitzuteilen. Kleine Anfragen müssen in Zukunft von mindestens 15 Abgeordneten unterstützt werden während sie bisher nur der Unterschrift des Fragestellers bedurften. Die Anfragen werden nur dann auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung gebracht, wenn sie nicht binnen 14 Tagen durch eine schriftliche Antwort der Reichsregierung erledigt sind.

Der Entwurf der neuen Geschäftsordnung sah vor, daß die Reichsregierung vierteljährlich dem Reichstag über die Ausführung ihrer Beschlüsse schriftlich Auskunft zu erteilen hat. Auf Antrag der Volkspartei wurde die Frist leider gestrichen, so daß die Antwort in das Verleben der Regierung gestellt ist.

Freitag Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. —

Gegen ihren Willen amnestiert.

Vor dem Schöffengericht in Halle hatten sich die verantwortlichen Leiter der drei sozialistischen Zeitungen und die damaligen Gewerkschafts-, Kartells- und Parteivorsitzenden wegen Verleumdung des Generals Lettow-Vorbeck zu verantworten.

Im November vorigen Jahres sollte in Halle Lettow-Vorbeck bei einem Käfigenweihfest des "Stahlhelms" referieren. Die drei Arbeiterparteien und das Gewerkschaftskartell riefen zu Gegendemonstrationen der Arbeiterschaft auf und sagten in einem Aufruf: "Doch ein Lettow-Vorbeck, der unzählige Arbeiterschläge auf dem Gewissen hat, der zu den Kapp-Berbrechen gehört, noch frei herumlaufen kann, kennzeichnet das Wesen der deutschen republikanischen Julii." Darin erblickte der General eine Verleumdung und stellte Strafantrag.

Am 8. Juli sollte bereits der Termin sein; die Verhandlung mußte aber ausgesetzt werden, weil der General befürchtete, nicht unbehelligt nach Halle kommen zu können. Zur Verhandlung am Sonnabend war der General wieder nicht erschienen obwohl das Gericht seine unbegründeten Gedanken um Befreiung vom peripherischen Erscheinen ablehnt hatte. Dafür wurde er in eine Ordnungsstrafe von 300 Mark genommen. Genosse Rosenthal, der Verteidiger der Angeklagten, gab ein ausführliches Bild von dem Lettow-Vorbeck, das Lettow-Vorbeck während des Kapp-Putschs in Miedenburg angegriffen hätte, um zu beweisen, daß er tatsächlich „unfähiger Arbeiterschläger auf dem Gewissen hat“. Der Vertreter des Generals wußte darauf nichts anderes zu erwidern, als mit einem Antrag auf Amnestie Erleichterung der Angeklagten. Diese lehnten den Gnadenweis ab, verlangten vielmehr in öffentlicher Verhandlung ihr Recht.

Schließlich sah sich das Gericht veranlaßt, das Verfahren einzustellen, da der Aufruf zur Protestkundgebung der Hallischen Arbeiterschaft als eine Handlung zum Schutz der Republik anzusehen sei. So sind also die von dem Hallischen Schöffengericht auf die Anklagebank geführten Sozialisten gegen ihren Willen amnestiert worden, weil der beleidigte General sich vor der öffentlichen Verhandlung fürchtet. —

Die böhmisches Regierung gegen die Arbeiterschaft.

Der Böhmisches Landtag besprach eine Interpellation unsrer Genossen über die Agitation der Nationalsozialisten. Genosse Klingler (Koburg) begründete die Interpellation und wies dabei auf die Vorgänge hin, die sich am 14. Oktober gelegentlich eines Besuchs der Nationalsozialisten in Koburg abgespielt haben. Arbeiter wurden mißhandelt, Schüler zu antisemitischen Auseinandersetzungen aufgepeitscht, und die Polizei erfüllte, sie könne aus technischen Schwierigkeiten nicht eingreifen. Blutig geschlagene Arbeiter wurden auf das Quartier der Nationalsozialisten gejagt, wo die Freunde des Herrn Hitler auf die Frage, ob es denn keine Polizei gebe, erklärten, die Nationalsozialisten seien selbst Polizei.

Der Minister des Innern, Dr. Schweber, gibt zu, daß die nationalsozialistische Bewegung bisher zuwenig beachtet worden sei. Mit einer Reihe von ihren Programmforderungen könne jeder deutsche Mann einverstanden sein. Sie seien ein Teil des Königs der deutschen Seele gegen den Versailler Vertrag. Ob Zusammenhänge mit den ungarischen Faschisten vorhanden sind, könne nicht festgestellt werden. Reden sollte er die böhmisches Regierung die Anwendung der Republik-Gesetze gegen die Nationalsozialisten für nicht gegeben trocken ihre Organisationen in Norddeutschland aufgelöst und. Wenn besondersweise Ausschreitungen vorgekommen sind, so sind sie auf provokatives Auftreten der sozialdemokratischen Arbeiter zurückzuführen. So sei ihm mitgeteilt, daß in der Verantwortung in

Märkisch, wo der Abgeordnete Voelklin berichtet worden ist, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Neumann durch Werken eines Fliegzeuges das Signal zur Schlägerei gegeben habe. (Großer Lärm links.) Der Minister kündigte eine Verordnung an, durch die die Bewaffnung zwecks Selbsthilfe verboten und unter Strafe gestellt werden soll.

Dieses Vorgehen richtet sich natürlich gegen die Sozialisten, die durch das Verfolgen der Staatsorgane gezwungen waren, ihren Selbstschutz gegen die schwerbewaffneten Hakenkreuzler zu organisieren. Wo die geistigen Urheber dieser Verordnung liegen, wies nach einer probolatorischen Rede des liberalen Abgeordneten Schäffer der Abgeordnete Genosse Auer nach, der einen Gehirnbericht des Vorstandes der Vereinigung bayerischer Verbände, Professor Dr. Bauer, zur Kenntnis brachte, nach dem die Nationalsozialisten dieser angehören und Angriffe auf sie als solche auf die Vereinigung zu betrachten sind. In dem Bericht heißt es weiter, die Beamtin der sozialdemokratischen Interpellation durch die Regierung werde zeigen, daß die Regierung erschreckend bearbeitet worden sei. Genosse Auer konnte feststellen, daß eine Schenkung der Regierung seit den Debatten der vorigen Woche zu verzeichnen ist. In einer Besprechung zwischen dem Minister Schweber und dem Vorstande der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die im "Böhmischen Beobachter" von dem Abgeordneten Schäffer trocken ihrer Vertraulichkeit in die Öffentlichkeit gebracht worden ist, habe der Minister eine ganz andere Stellung eingenommen wie heute wo er den starken Mainz gegen die Sozialdemokratie zu hielten versucht. Die Sozialdemokratie nehme den Hakenkreuzfuß auf, sie sei auch stark genug zur Rettung gegen die Hakenkreuzler.

Die Fülle von Material, die Auer gegen den gemeinschaftlichen Unfall der Nationalsozialisten sammelte, erbrachte, erzielte furchtbare Kurze und trieb schließlich den Abgeordneten Schäffer in die Flucht, während der Minister, immer von Auer apostrophiert, mit Mühe standhielt. —

Der Zersplitterungskongress.

Der sogenannte Betriebsratelongress, der dem ersten kommunistischen Parteikörper auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft neue Güte zuführen soll, ist in Berlin zusammengetreten und — redet. Redet das Blaue vom Himmel herunter und veracht unter allerlei Brüsten von Kampf- und Einheitsfront die Notwendigkeit der Mostauer Maier zu begründen. Freilich ohne Erfolg, denn die wirklichen Betriebsräte sind dem Kongress ferngeblieben, und der in Berlin versammelte kommunistische Mischmasch wird von der Arbeiterschaft nicht ernst genommen.

Auf die vom "Reichsausschuß" dem Kongress vorgelegten Forderungen verlobt es sich nicht einzugehen. Es sind die alten kommunistischen Ladenhüter: Kontrolle, Kampf, Einheitsfront. Neu hinzugekommen ist die Forderung nach der Einführung der Arbeitsschicht für alle Arbeitsschichten im Alter von 18 bis 58 Jahren. Das soll jedenfalls die Antwort an Stimme sein auf die Forderung der Produktionssteigerung durch Verlängerung der Arbeitszeit. Eine solche Antwort wird aber den Stimmen kein Unbehagen verursachen, denn ihr Weizen blüht ja ohnthalb unter der kommunistischen Pervorungsarbeit.

Eine weitere neue Parole ist das Verlangen nach einer gemeinsamen Konferenz Deutschlands, Sovjetrußlands, Österreichs und der Türkei zur Annulierung des Versailler Diktats und zur Bildung eines Abwehrbündes.

Die ganze Lächerlichkeit dieses Kongresses enthüllt die "Rote Fahne" mit folgender Notiz, die am Tage vor Gründung des Kongresses erichtet ist:

Die Berliner Kandidaten für die Wahlen zum Betriebsrätekongress müssen morgen, Mittwoch, von 10 Uhr vormittags an, im Hof von Hummel, Sophienstraße 5, festlos erscheinen, um festzustellen, wer von ihnen zum Delegierten gewählt ist, und um ihre Delegationsurkunden abzuholen.

Auso 24 Stunden vor Gründung des Kongresses mußten die Kandidaten unter sich erste Auskünfte nehmen, wer als Delegierter auftreten habe! Natürlich steht es auch mit den übrigen Delegierten. Sie haben kein Mandat zur Vertretung der deutschen Arbeiter. Ihre Reden und sogenannten Beschlüsse haben daher weder Wert noch Bedeutung. —

Dollar Amtliche Notiz vom Donnerstag 6.2.1923 Freitag mittag zirka 7062 Mio!

Notizen.

Der Parteiausschuß tritt zusammen. Der Parteivorstand setzt den Parteiausschuß für Freitag nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung steht Entgegennahme eines politischen Referates des Genossen Hermann Müller über den Auszug und die Entwicklung der letzten Kriege. Ferner soll sich der Parteiausschuß mit organisatorischen Fragen beschäftigen. —

Minister auf Urlaub! Der neue Reichsminister des Innern, Rudolf Döser, der bisher Landeshauptmann unserer Provinz Sachsen war, ist von der preußischen Regierung auf vier Monate beurlaubt, er kann während dieser Zeit jeden Tag auf seinen Posten zurückkehren. Döser ist also lediglich Minister auf Urlaub. Kennzeichnung für das Kabinett Cuno! —

Der Republikanische Anwaltsbund gegen die böhmisches Volksgerichte. Uns wird geschrieben: Der Republikanische Anwaltsbund billigt die (von uns bereits veröffentlichte) Kundgebung des Republikanischen Richterbundes zum 1. Februar Februar und erklärt: 1. Das Urteil des Münchner Volksgerichts ist ein unerträgliches Heilipruch, ein schwerster Tag in der Geschichte der deutschen Rechtsprechung. 2. Der Republikanische Anwaltsbund fordert: a) die unverzügliche Entlassung der Verurteilten aus der Strafhaft, b) die

schnellste Beseitigung der böhmisches Volksgerichte und die Befreiung aufnahme des Falles Fechenbach vor den ordentlichen Gerichten, falls notwendig durch Sondergericht. —

Kreis der Berliner Hochbahnangestellten. Die Angestellten der Berliner Hochbahn sind am Donnerstag mittag in den Streit getreten. Der Grund zu diesem bedauerlichen verkehrsstörenden Ausstand liegt in dem Verhalten der Hochbahn-Direktion, die ist, auf Kosten ihrer Angestellten die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft vollkommen zu ruinieren. Schon heute ist der Fahrt auf der Hochbahn geringer als auf der Straßenbahn. Dafür wird die Angestellten der Hochbahn aber auch geringer bezahlt, obwohl die Straßenbahn-Gesellschaft eine höhere Lohnsumme hat.

Machtlos der Berliner Metallindustriellen. Die Berliner Metallindustriellen planen eine allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter Berlins. In der Firma Böhm u. Kühl streiken seit einigen Tagen die Metallarbeiter wegen Lohnforderungen. Die Metallindustriellen haben sich jetzt mit der Firma Solidarisch erklärt und beschlossen, die streikenden Metallarbeiter aufzufordern, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls aber sämtliche Metallarbeiter ab 25. November auszusperren. Da die streikenden Metallarbeiter dieses Ultimatum abgelehnt haben, ist am Sonnabend mit einer Aussperrung von über 100 000 Metallarbeiter zu rechnen. —

Der neue Thüringer Justizminister. Für den Posten des Thüringer Justizministers, der seit dem Rücktritt des Genossen b. Brandenstein vom Genossen Fröhlich vertretungswise versehen wird, ist Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Duara in Aussicht genommen. —

Depeschen.

Erhöhung der Eisenbahn tarife.

Wb. Berlin, 24. November. Die Reichsbahn erhöht ab 1. Dezember ihre Güter- und Tiertarife um 150 Prozent, die Personentarife um 100 Prozent. —

Der ausgeplünderte König.

* Berlin, 24. November. Der "Loftlanzeiger" berichtet, daß König Boris von Bulgarien bei einem Automobilunfall ohne Begleitung in der Nähe von Sofia von Räubern überfallen wurde. Nachdem die Räuber den König völlig ausgeplündert hatten, verschwanden sie. —

Ruhe in Braunschweig.

Wb. Braunschweig, 24. November. Das braunschweigische Staatsministerium hat den Landtag präsidenten um die sofortige Einberufung der Landesversammlung ersucht. Die Stadt war auch in den späten Abendstunden des Donnerstag ruhig. —

Der Wiederaufbau Deutschlands.

Wb. Paris, 24. November. Nach einer Hobasmeldung aus Brüssel wird die Brüsseler Finanzkonferenz sich auch mit dem deutschen Erwerb und Unterführung bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu beschäftigen haben. Man könnte annehmen, daß Pointcaré sich während seines Aufenthalts in Lausanne mit Lord Curzon, Mussolini und mit den "amerikanischen Beobachtern" über die Frage unterhalten habe; aber eine diplomatische Verständigung reiche nicht aus. Es müsse auch die Mitarbeit von Finanzleuten an den durchzuführenden Programmen, mindestens in den Grundlinien, gesichert sein. —

Gründung des englischen Parlaments.

Wb. London, 24. November. Nach der gestern abend erfolgten feierlichen Gründung des Parlaments durch den König begann die Debatte über die Thronrede. Hansa McDonald erklärte u. a., die Eröffnung der Thronrede über die Arbeitsschichtfrage sei für die Arbeiterpartei sehr unbedeutend. Er befürwortete Bonar Law und seine Regierung dazu, daß sie an der Setzung des Vertrags von Sevres teilgenommen hätte, und fragt weiter, welches die Haltung der Regierung gegenüber Jugland sei. Die Arbeiterpartei erinnerte, daß hinter der Szene in Lausanne die verborgene Hand der Petroleuminteressen tätig und sehr mächtig sei. Bonar Law erklärte in seiner Antwort, daß Ziel der Regierung sei Frieden. Großbritannien wünsche nicht in Mesopotamien zu bleiben, so viel Geld dort auch zu finden sein möge.

Der liberale Abgeordnete Pringle erklärte, wenn der Versailler Vertrag nicht grundlegend abgeändert werde, so werde es keine Reparationen, keine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas, kein Wiederaufbau in Hand und keine Verminderung der Arbeitslosigkeit geben. —

Clementon in Amerika.

Wb. London, 24. November. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Eröffnung Clemenceaus, daß Deutschland einen Krieg vorbereite. Proteste verschiedener böhmisches Bürger gegenüber herbergen. Clemenceau wurde von zahlreichen Senatoren und von Mitgliedern des Repräsentantenhauses ohne Unterschied der Partei heftig angegriffen. Sie erklärten, daß wenn Deutschland einen Krieg vorbereite, Frankreich die Verantwortung dafür trage. Clemenceau reiste nach den Vereinigten Staaten, um eine Vereinigung der Vereinigten Staaten mit böhmischem zu ziehen. Senator Coolidge erklärte, sein lebender Mann sei nicht verantwortlich für das augenblickliche Frieden in Europa als Clemenceau; dann er trage mehr als ein anderer Mann die Verantwortung für die zersetzenden Bedingungen des Versailler Vertrags. Senator Hitchcock erklärte, es sei wahr, daß Deutschland, die Türkei und Russland allmählich zusammenzutreffen. Frankreich treibe sie jedoch durch seine Haltung zu ihrer Vereinigung. Er forderte Clemenceau auf, die Reparationsfrage ganz offen darzulegen. Wenn Frankreich einen Abgeordneten schickt, um die Sympathie der Vereinigten Staaten zu gewinnen, so hätte es eine geeignete Position, um die Politik der Hölle gegen über Deutschland zu verhindern. Frankreich treibe sie jedoch durch seine Haltung zu ihrer Vereinigung. Er forderte Clemenceau auf, die Reparationsfrage ganz offen darzulegen. Wenn Frankreich einen Abgeordneten schickt, um die Sympathie der Vereinigten Staaten zu gewinnen, so hätte es eine geeignete Position, um die Politik der Hölle gegen über Deutschland zu verhindern.

Die Republikanische Anwaltsbund gegen die böhmisches Volksgerichte. Uns wird geschrieben: Der Republikanische Anwaltsbund billigt die (von uns bereits veröffentlichte) Kundgebung des Republikanischen Richterbundes zum 1. Februar Februar und erklärt: 1. Das Urteil des Münchner Volksgerichts ist ein unerträgliches Heilipruch, ein schwerster Tag in der Geschichte der deutschen Rechtsprechung. 2. Der Republikanische Anwaltsbund fordert: a) die unverzügliche Entlassung der Verurteilten aus der Strafhaft, b) die

An Salznu Tagmu

mit einer Tasse Kaffee, Tee, Käse etc. bestens wohlbekannt. Zum Salzen werden nun zweckmäßig Schloß-Tabletten. Eine Teekette genügt für eine Tasse. Spezialität mit 100, 200 u. 300 Stück.

Grechtes in Kolonialwaren, Drogenhäusern und Droghären

Der Neue Welt-Kalender 1923

ist laut Mitteilung des Verlags

nicht mehr lieferbar!

Für die zahlreichen rückständigen Bestellungen müssen wir nunmehr liefern:

Vorwärts Almanach 1923

zum billigen Preis von 60.00 Mark für das Stück. Wie bitten unsre Besteller, damit einverstanden zu sein.

Buchhandlung Böllstimme

Magdeburg.

Pferdehaarre

wie Stutzen, Mähnen und Wimperre sowie

Kuhhaarre

2072

kaufen laufend jeden Posten zum höchsten Zugespreis. Für Sänter besondere Preise.

J. Kesten

Zafobstraße 20 — Telefon 2559.

Haare

Zahle die höchsten Zugespreise (auch für kleine Posten)

Hermann Liesau, Friseur

Breiteweg 38, gegenüber dem Centraltheater.

211

Lacke Farnis Farben
für alle Zwecke, preiswerte Qualitätsfarben.
Magdeburg, Freiligrathstr. 74
Fritz Goericke
Fabrikat: Kloster-Drogerie, Goldschmiedstraße 4.

garant. reine Leimöle, dopp. getrocknet, sehr dünn.

Telefon 7204.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. November 1922.

Gegen die Kleidernot.

Ein verheirateter Mann, der Kinder zu ernähren hat, kann heute nicht daran denken, sich einen Anzug anzuschaffen. Schon ein Konfektionsanzug kostet 25 000 bis 30 000 Mark. Wer da ans Sparen geht, um diese Summe aufzubringen, der muß eine fabelhafte Geduld entwilden. Ob er jemals sein Ziel erreicht, ist sehr zweifelhaft. In der Familie bedeutet es oft eine Katastrophe, wenn ein Paar Schuhe gekauft werden müssen. In der Bekleidungsfrage muss etwas getan werden. Bei der Bekleidung spielen die inländischen Textilien nur eine geringe Rolle. Wir müssen deshalb in der Bekleidungsfrage in Deutschland unsse Zuflucht zu organisatorischen Maßnahmen nehmen.

Genese Südetum wies in dieser schwierigen Frage auf englisches Vorbild hin. Er meinte, es liege sich ähnlich wie in England während des Krieges eine Vereinigung denken, die unter der Oberaufsicht des Staates und unter Beteiligung der großen Verbände der Arbeiter und Unternehmer der Bekleidungsindustrie gewisse Normalstoffe herstelle, bei deren Fabrikation und Vertrieb nur bestimmte mäßige und fest vorgeschriebene Gewinne gemacht werden dürften. Der Stoff müsse durch Landbewegung sennlich gemacht, überall zu festen Preisen käuflich, seine Ausfuhr ins Ausland verboten sein. Unsre verantwortlichen Stellen sollten sich einmal die Erfahrungen der Engländer auf diesem Gebiet nutzbar machen. Die Engländer hätten seinerzeit von der australischen Wolle angefangen, bis zum fertig gearbeiteten Rock alle Stufen der Entstehung des Kleides vorgeordnet und unter Überwachung gestellt. Einwas müsse geschehen, denn ein zerlumptes Volk stehe in Gefahr, die mühsam erworbene hygienische Kultur einzubüßen.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, besteht Aussicht, daß die Südetum'sche Anregung auf fruchtbaren Boden fällt. Die Zeit ist heute für einen solchen Vorschlag günstiger als in den letzten Monaten. Bissher war die Textilindustrie vollbeschäftigt; jetzt ist es anders. Es handelt sich jetzt darum, daß der inländische Markt wieder eine stärkere Nachfrage entwidelt. Freilich verlangt der Vorschlag Südetum's entschlossene Organisierung. Diese läßt aus manche Schwierigkeiten. Es war bisher der Stolz der deutschen Textilindustrie, möglichst vielseitig zu arbeiten. Diese Vielseitigkeit, ein Vorteil auf dem Weltmarkt, wäre ein Hindernis für die Umstellung auf die Herstellung von Normalstoffen. Es wäre wünschenswert, wenn die Textilarbeiter und ihre Führer, die ja jetzt augenscheinlich in Leipzig versammelt sind, ein Wort über den Südetum'schen Vorschlag sprechen würden.

Gegen den Südetum'schen Vorschlag wird eingewendet werden, daß ja auch für den Normalstoff die Nutzen zumeist aus dem Ausland bezogen werden müssten, ihr Preis also auch bestimmt wird vom Dollar kurz. Hier muß aber beachtet werden, daß die wahnähnlich hohen Preise ihre Ursache zu einem erheblichen Teil in der inländischen Spekulation, in einem Geschäftsgebot haben, das keine solide Grundlage mehr hat. Es wird auch mit dem Rohmaterial geworben. Gerade in den Zeiten der Not vertreten der Kapitalismus nicht die vorhandenen Rohstoffe im Interesse des Massbedarfs, sondern erzeugt Luxuswaren, die eben den höchsten Profit bringen. So verarbeitet man heute, wo Leder fürsamt teuer ist, dieses kostbare Material zu allerlei Dingen, an die man früher nicht gedacht hätte. Wenn ein Gramm Leder 100 Mark kostet, werden sich die Schieber die Stube mit Leder tapezieren lassen. Man verarbeitet auch die teuren und knappen Textilien zu Luxusstoffen, weil sie eben knapp sind. Wenn hier durch organisatorische Maßnahmen eine Besserung versucht wird, muß dieses Bestreben mit allen Kräften unterstützt werden.

Das Gelöbnis der Kriegsopfer.

Ein Tag im Jahre muß dem Gedächtnis der toten Soldaten gewidmet sein, die der Weltkrieg verschlang. Einmal soll das Volk wieder im Geiste zurückblicken auf die Schrecken des Kriegsmachuns und sich die Leiden und Entbehrungen im Gedächtnis zurücktragen, von denen fast die ganze Welt betroffen wurde. An die Werke der Vernichtung und des Grausens, die der Machtreihen des Militarismus länger als vier Jahre Tag und Nacht ungebrochen ausüben durften, muß unser Volk stets denken. Legt doch die Wiedergutmachung dieser Schäden unserm Geschicht neue Nöte und Entbehrungen auf, deren Wirkung in Generationen noch nicht ganz überwunden sein wird.

Nicht um alte Wunden aufzurütteln, nicht um den Schmerz über zerstörtes Glück und Hoffnung zu erneuern, sondern um den Geist der Erinnerung nach zu halten, an die unvergängliche Freiheit der Völker, an das Schicksal unsrer Lieben, die ihr zum Opfer gefallen sind, dieser ersten Pflicht gilt es zu dienen am stillen Gedenktag der Opfer des Weltkriegs. Besonders für alle, die die furchtbaren Folgen des Krieges unmittelbar spüren bekommen haben, die verkrümmlten oder flecken Kriegsbeschädigten, die Männer und Frauen, die alten Eltern der Gefallenen, sie alle müssen aufs neue das Gelöbnis ablegen, niemals zu vergessen, was ihnen der Weltkrieg angetan hat. Von der Not und Sorge des Alltags, von der eilenden Zeit darf das anklagende und wetrende Bild des Untergangs nicht getröstet oder vertrieben werden. immer sollen diese Kriegsopfer alle Kameraden daran erinnern, was Leid und Gewalt, Blutvergießung und Zerstörungswut für Unheil über die Lande und Völker gebracht haben. Nie wieder Krieg! Das ist die Lösung für alle, die noch einen funken Menschenliebe im Herzen tragen und nicht von nationalistischen und militärischen Phantasien umnebelt sind.

An diese Pflicht der Liebe und Vernunft, die unser Volk vor einer Wiederholung des Kriegsmachuns bewahren helfen will, wollte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mit seiner Gedächtnissfeier für die Gefallenen am 23. Novbr. die Beisetzung erinnern. Dichtgedrängt saßen und standen im überfüllten Saale des Reichstagspalastes die Mitglieder, Angehörige und Freunde der Kriegsopferorganisationen und lauschten den stimmgewollten Klängen des Philharmonischen Orchesters und der vereinigten Sängergesellschaften. Neukirch und Budow. Die rastenden Erinnerungsworte des Bundesauszubuchenden Nothmann (Stuttgart) zogen alle Herzen der Zuhörer in ihren Bann. Am Abenden an die toten Brüder kamen mit nachs. Ruhmes zum, als unsre Schmerzen, unsre Entbehrung und unsre Verzweiflung zusammenflossen in den Schout: Keinen Tag, keine Stunde zu rasten in der Arbeit zur Befreiung des Kriegsbeschädigten und der Heranbildung einer Generation, die im Erklang mit der weiten Bestimmung des Reiches, edel, heldreich und gut zu sein, Weiber und Bevölkerung vor der Gewalt und dem Hass empfindet und die Nachschreibe pflegt, damit sich die Menschheit nicht wieder durch Selbstzerstörung erniedrigt und an den Betriebsatz bringt. Einzigreiche und ausreichende Hilfe zur Erleichterung des schweren Loses der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist die motorische Kraft der Regierung und des Volkes. Diese Ehrenschuld gegenüber den Kriegsopfern ist die erste Wiedergutmachungspläne.

Mangelnde und herborragende gefangliche Darbietungen der Konzertkönigin Fräulein Margarete Maurer (Magdeburg) und des Kammersängers Emil Treslow (Dessau) erfreuten ebenso wie die vorzülichen Vorträge der Vereinigten Sängergesellschaften und des Philharmonischen Orchesters wohlverdienten Beifall. —

Die Gesamtkartoffelernte.

Die deutsche Kartoffelernte ist noch bedeutsam besser ausgefallen, als man ursprünglich angenommen hatte. Die ersten amtlichen Schätzungen rechneten mit 24 und später mit 38 Millionen Tonnen. Nach den amtlichen abschließenden Schätzungen beträgt jedoch die Kartoffelernte 39 249 976 Tonnen; das bedeutet eine Durchschnittsernte von 144,8 Doppelzentner pro Hektar. Die diesjährige Ernte an Kartoffeln übersteigt die vorjährige von 26 Millionen Tonnen um 13 Millionen Tonnen, d. h. um die Hälfte. Bis Mitte November sind mit der Bahn 4 Millionen Tonnen Kartoffeln dem Handel und den Verbrauchern zugeführt worden. Berechnet man die Kartoffelmenge, die als Stückgut und auf der Achse befördert wurden, mit 1 Million Tonnen, so ergibt sich, daß von den 7 Millionen Tonnen Kartoffeln, die für die Ernährung der Bevölkerung im Jahre benötigt werden, bereits 5 Millionen Tonnen angeführt sind, die Bevölkerung mit dem Wintervorat also eingedeckt ist.

Trotz der überaus reichen Ernte steigen die Preise fortgesetzt. Die Voraussage des bisherigen Reichsnährungsministers, daß die gute Ernte den Preis niedrig halten werde, hat sich ebensoviel erfüllt, wie seine Ermahnungen an die Erzeuger beachtet wurden. Bei dem allgemeinen großen Mangel an Nahrungsmitteln schadet auch die reiche Ernte an einer Frucht die Spekulation und die Preiskreiserei nicht aus, wenn man den Dingen ihren Lauf läßt. Gerade die gute Kartoffelernte hätte es über ermöglicht, hier eine gewisse Verbrauchsregelung anzuordnen. Man hat es nicht getan, die Widerstande von bürgerlicher Seite waren auch hier zu groß, das berühmte Spiel der freien Kräfte herrscht, es gibt viele Arme, die trotz reicher Ernte nicht einmal an Kartoffeln sich satteßen können. Wie es im Frühjahr wird, wo dann die Kartoffeln geblieben sind, steht auch noch dahin. —

Was ist daraus geworden? Am Juli dieses Jahres wurden in Magdeburg große Waffenfunde gemacht. Eine Anzahl Personen wurden verhaftet. Einer der Beteiligten hat sich im Gefängnis das Leben genommen. Die Sache hat damals größtes Aufsehen im ganzen Land erregt. Die Sicherheit des Landes und der Verfassung verlangt gebieterisch restlose Auflösung der Angelgenheit und Bestrafung der Leute, die sich schuldig gemacht hatten. Was ist nun daraus geworden? Monate sind vergangen, eine Gerichtsverhandlung hat nicht stattgefunden, irgend eine Mitteilung, die erkennen läßt, daß die Sache noch nicht saniert ist, erfolgte auch nicht. Weiteste Kreise der Bevölkerung haben das größte Interesse daran, zu erfahren, was bei der Untersuchung herausgekommen ist. —

Feuerbestattung. Der Volks-Feuerbestattungsberein „Groß-Berlin“ B. V. a. G., Berlin, veranstaltet mit Unterstützung des Ortsausschusses des A. D. G. B. in Magdeburg am Mittwoch den 29. November in der Halle der Augusteumstraße, Eisenmannstraße, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Erd- oder Feuerbestattung? (Referent Genovese Willibald, Vorsitzender des Volks-Feuerbestattungsbereins „Groß-Berlin“.) 2. Gründung eines Ortsvereins. Die Frage der Feuerbestattung ist eine Kulturrechte. Aber auch aus ökonomischen und sozialwirtschaftlichen, insbesondere aber aus gesundheitlichen Gründen ist sie der Erdbestattung unbedingt vorzuziehen. Eine einfache Erdbestattung kostet heute schon weit über 30 000 Mark. Eine Feuerbestattung stellt sich zunächst für die Magdeburger, da ja in Magdeburg leider noch kein Krematorium besteht, durch die hohen Lebenerhaltungskosten noch teurer. Der Volks-Feuerbestattungsberein „Groß-Berlin“, dessen Mitglieder sich aus allen Bevölkerungskreisen zusammenheben und jüngst weit über 220 000 zählen, hat sich zur Aufgabe gemacht, die Gefamkosten einer Einäscherung einschließlich Lebenerhaltung für seine verstorbene Mitglieder zu übernehmen. Der Verein unterstellt der Staatsanwaltschaft seine Beiträge müssen von einem Versicherungsmathematiker berechnet werden. Demzufolge haben die Mitglieder nach einjähriger Mitgliedschaft im Falle des Lebens darauf einen Rechtsanspruch. Es kann nur allen Bewohnern Magdeburgs, welche Inhaber der Feuerbestattung sind, empfohlen werden, dieser Versammlung beizutreten, um sich in dieser wichtigen Frage die notwendigen Aufklärungen zu holen. —

Güteranslieferung vor Frachterhöhungen. Die Güteranslieferungen (Silber und Tagesabenden) nehmen in den letzten Tagen vor Eintritt einer Frachterhöhung in der Regel einen defekten Umsatz an, das beträchtliche Stauungen bei der Annahme der Stückgüter eintreten, den Wagenanforderungen bei weitem nicht genügt werden kann und vor allem auch bei der Beförderung selbst infolge der Massenanschaffungen Unregelmäßigkeiten und Verspätungen eintreten. Die Reichsbahndirektion empfiehlt deshalb den Befrachtern dringend, bei der bevorstehenden Tarifverhöhung am 1. Dezember d. J. die Güteranslieferung im eignen Interesse der Befrachtern nicht bis zu den letzten Tagen vor der Erhöhung zurückzuhalten, da sonst wegen Lieferstauungen der Güterabfuhr und des dadurch normalerweise übersteigenden Bedarfs an Güterwagen mit einer Übernahme der Güter an diesen Tagen nicht gerechnet werden kann. —

Zur Lohnbewegung der Metallarbeiter Magdeburgs. Die Verhandlungen in der Streitfläche, die am 23. Novbr. nachmittags 2 Uhr vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin stattgefunden haben, sind nicht zum Abschluß gebracht worden. Weitere Verhandlungen finden am 24. November, abends 8 Uhr unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Hörzing im Oberpräsidium statt. Vor dem Ergebnis dieser Verhandlung wird es abhängen, ob am Sonnabend den 25. November die Magdeburger Metallarbeiter in den Streik treten. Die Betrauensmänner unsers Verbandes nehmen am Sonnabend den 26. November, vorm. 9½ Uhr, im kleinen Saale des „Konzerthauses“ zu den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium und dem Oberpräsidenten Stellung. Die Betrauensmännerung der Holzarbeiter der Metallindustrie findet am Sonnabend den 25. Novbr., nachmittags 4½ Uhr, bei Holz statt. Siehe auch Inserat. Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Gedenkt der blinden Bürgert! Der bissige Hilfsverein für Blinde bittet alle edelsten Menschen in Einsicht auf das bevorstehende Weihnachtsfest und mit Rücksicht auf die außerordentlichen Zeitenbedürfnisse um eine Spende zur Weihnachtsbelebung und Unterstützung von armen Blinden. Zuwendung werden erbitten an die Depotsklasse am Staatsbürgersplatz, der Kommerz- und Privatbank oder an den Borsig'schen Albert Weder, Stadtverordneten Borsigbaustrasse 40. — Die Befreiung der Blinden findet am 27. Dezember, abends 6 Uhr, im Saale des Klosters Sankt Augustini statt. —

X Kellereiabruß. In der Nacht zum 22. d. W. wurde der Keller eines Villengrundstücks in der Villastrasse geplündert. Den Dieben fielen zehn Literflaschen Speisöl, zehn Büchsen Sardinen und 200 Flaschen Wein und Selt der Marken Borwein, Horner Langbank, des Firmen Kronen (Klingenberg) und Raithaus Müller in die Hände. —

Gegen den Kohlenwucher. Eine bemerkenswerte Verordnung hat der Landrat des Kreises Teltow erlassen. Der Landrat bestimmt, daß Kohlenhändler etwa auf Lager vorhaue Brillenmengen, die von den Gruben noch vor dem 16. November abgeholt sind und mithin zum alten Preise eingetragen waren, auch noch zu diesem Preise verkaufen dürfen. Die neu eingetragenen Lieferungen sind getrennt von den alten Beständen einzulagern. Die neuen Kohlenpreise sind auch erst mit dem heutigen Tage im Kreise Teltow in Kraft getreten. Der Landrat bestimmt, wer gegen diese Verordnung verstößt, wird mit Gefängnis über mit 20 000 Mark Geldstrafe bestraft, auch der Händler der Fortsetzung des Handels mit Kohlen sofort entzogen.

Durch die Blume. Es besteht die Vorstchrift, daß Geschäftsläden die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs an leichter Stelle auszuhändigen haben. In der Wilmstraße hat ein Fleischmeister vor seine Preistafel eine große Blattflanze gestellt. Den Leuten, die vor der Straße aus leben wollten, was in dem Laden Fleisch und Wurst kostet, werden die Preise also durch die Blume angedeutet. Das geschieht mit Rücksicht auf angestrichene Menschen, die vor der unvermittelten und naiven Wahrheit flüchten könnten. Der eigentliche Zweck der Preistafel wird allerdings durch diese Blumensprache nicht erreicht. —

X Getreidewagen aus einer Wohnung in der Cecilienstraße eine Stunsoarantur, silberne Eß- und Teelöffel, eine silberne Zuckerdose mit Löffel, Messer, ein Suppenspatz und ein Gemüseöffel sowie leckere Obstmessner mit Perlmuttgriffen. 1 Dutzend Bestecke mit schwarzen Holzgriffen; an einer Mädchenzimmers in der Oberstraße eine vollständiges Federbett mit weißer B. K. gr. Mädelchenleibwäsche, ein Löffel und weiße Schleierdecke, Blumen, Schürzen, ein blunter Schal. X Für eine halbe Million Wasserstandsaläser gestohlen. Die hohen Metallpreise verloren selbst die Fabrikangestellte zu Dienstkleidung, die infolge ihrer Vertraulichkeit haben sind, welche zu verhindern. Der Kaufmann Max Nehberg (Kreuzstraße 9) wurde festgenommen, weil er in der Fabrik, in der er bereits 30 Jahre in Stellung ist, dort angefertigte Wasserstandsaläser im Wert von etwa einer halben Million Mark gestohlen hat. Er verlor seine an den Althändler Franz Werner, Scharnstraße 4, der wegen Gehirnfehlern ebenfalls festgenommen wurde. —

Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurde der Dieb der 5000 Weinschläuche aus dem Totalisator des Reitervereins Es kommt der dort als Arbeiter beschäftigt gewesene Wohnungswirt Walter Stein in Frage. Erster wurde festgenommen; der wohnungslose Fleischhersteller Natur Wagner, der in hiesigen Handlungen von Fleischereiartikeln angeblich im Auftrag bekannter Kunden bestellungen machte, die Sachen zum Teil gleich mitnahm und dann für sich verkaufte. —

Sozialistischer Arb.-Jugendbund Gr.-Magdeburg.

Abend im Wilhelmsbad am Sonnabend von 7 bis 8 Uhr. Eintrittspreis 15 Pf. Arbeiter-Jugend und Jugend-Echo im Sekretariat abholen. Erweiterter Hauptvorstandssitz am Dienstag 15 Uhr in der Schule Große Schulstraße. —

Theater, Konzerte, Vorträge &c.

Städtische Theater. Städtebauer. Sonnabend (5. Abend): Der Strom - Sonntag vormittag 11½ (Mit-mittl. Werkstunden); Deutsche Oper - abends laufender Amtsch. Gaststättvorstellung: Faust, 1. Teil. — Wilhelmstraße. Theater und Kunst. Pflichtvorstellung. Mitgliedsnummer 342 bis 4100: Die verunsicherte Göttin. Sonntag (öffentl. Vorstellung): Siebente. —

Stadttheater. Sonnabend (öffentl. Vorstellung): Die gesetzlosen. Morgen und Abend. Deutsche Romantik. Die Damen Gilde Meits und die Kugel und die Herren Kapellmeister Blumone, Konzertmeister Hoben, Seifer, Weiland und Cui werden am Sonntag vormittag den musikalischen und rezitatorischen Teil der zweiten literarisch-musikalischen Morgenstunde, die der „Deutschen Romantik“ gewidmet ist, mit Herrn Intendant Vogeler, der die Einheitswörter sprechen wird, bestreiten. Anfangs Punkt 11½ Uhr. —

Sonntagnachtag Sondervorstellung Goethes Faust 2. Teil. Ihr Herrn Goetze, welcher in Berlin beschäftigt ist, wird der bekannte Dichter Herr Decart den Haup. Herr Dr. von Stadttheater Dresden den Reptilo und Frau Bagenbruch vom Deutschen Theater in Berlin das Gretchen wiedern. (Anfangs pünktlich 6 Uhr). —

Freitagsabend. Gemeinde. Sonntag, 6. nov. 5 u. 10, Dr. Kästlin. — Der Wert des Lebens. Gesangvereine wirken mit. Zuletzt bei feiermann Harzklub. Freigeviertag Magdeburg. Dienstag den 28. November, abends 8 Uhr, in der Aula der Luisenstädt. Lichtbildvorstellung: Winterfreuden im Harz. Eintritt 10 Pf. Rüdes im Belebterverein. 271. Gesellschafter Verein Magdeburg-Neustadt, E. B. Gr. allgem. Gesell-Abstellung am B. u. B. Novr. (Sonntagnachtag) in der „Wilhelma“. —

Eingesandt.

für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Un die Unternehmer Magdeburgs.

Die zwingende Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Unternehmer aller Stände zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen hat sich in den letzten Jahren auf das eindrücklichste ergeben. Die Verhältnisse verschärfen sich von Tag zu Tag. Vor Kriegsausbruch war das Angebot von Zimmern größer als die Nachfrage, heute steht es umgekehrt. Während vor 1914 für den Übernachtungsprozentus aller Unternehmer das Verhältnis als solches nur ein vorübergehendes war, hat es sich heute und wird es sich in Zukunft noch mehr für einen erheblich größeren Prozentsatz von Unternehmern zu einem dauernden gehalten. Eines eigenen Haushalt zu gründen, wird weiteren Vollzüchtern bei der Gleichgewichtswirksamkeit nicht überstürzend, nicht aufzuhalten Deutung unmöglich gemacht.

Deshalb wurde auch in Magdeburg ein Unternehmerverein ins Leben gerufen, der es sich zur Aufgabe macht, für Verhältnisse und Bedürfnisse im Verein mit der bestehenden behördlichen Instanzen Lebhaftstände zu bekämpfen. Eine Einwirkung auf die zuständigen Behörden bei der Errichtung von Niederschlössern und dierbezügliche ständige Zusammenarbeit mit örtlichen wie auswärtigen Organisationen ist beachtigt. Es soll auch ver sucht werden, schwierig zwischen den Parteien zu vermitteln. Rechtsberatung und Rechtschutz soll den Mitgliedern gezielt werden. Sie sollen daher von jeder beabsichtigten Misshandlung und Kündigung den Vorstand in Kenntnis setzen. Schreiben und Anmeldungen sind unter Beifügung von Rücksendmarke zu richten an den 2. Vorsitzenden Schröder, Klosterkirchhof 7. Eine weitere Aufgabe ist die Vertretung in Terminen vor dem Mieteinstigungsamt. Nach anderer Richtung muß auf die restlose Erfassung und Bezeichnung großer Wohnungen geachtet werden. Das Programm ist ein so reichhaltiges, daß es der intensiven und ständigen Mitarbeit weiterer Kreise von Unternehmern bedarf. Es gibt hier keine Standesunterschiede, sondern nur ein gemeinsames Interesse. Die Förderung desselben kann nur durch Stärkung des vor Kurzem ins Leben gerufenen Vereins geschehen, mit ihm durch den Kreis der jüdischen Unternehmer Magdeburgs. Ein reger Gedankenauftausch im monatlichen, durch den Vereinskalender der Tagespreise befürchtenden Mitgliederversammlungen ist geplant. Anmeldungen werden von der oben bezeichneten Stelle entgegengenommen. Der Nachweis der Unternehmerschaft wäre hierbei zu erbringen.

Magdeburger Unternehmerverein. — J. L. gez. Geißler, 1. Vorsitzender, gez. Schröder, 2. Vorsitzender.

Sanatogen

das altbewährte Kräftigungsmittel für Körper und Nerven ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Nachrichten aus der Provinz.

Konferenz der Landarbeiter.

Am Donnerstag hatte der Deutsche Landarbeiterverband die Arbeitsgemeinschaftsmitglieder des Gaues 3 zu einer Konferenz nach Magdeburg geladen. In der gut besuchten Tagung, auf der alle Kreise des Gaues vertreten waren, gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

"Nach Klärstellung aller Fragen, die in letzter Zeit von kommunistischen Hintermännern über Angehörige des Deutschen Landarbeiterverbandes ausgestreut sind, erklären die Vertreter des Gaues 3 des Deutschen Landarbeiterverbandes (Kreisvorstände und Kreisarbeitsgemeinschaftsmitglieder), daß sie mit solchen Vorhaben der Kommunisten nichts zu tun haben wollen. Nachdem ferner feststeht, daß kommunistische Werbungversuche hinter den Treibereien stehen, die bei den Industriearbeitern erfolglos verliefen, werden die Landarbeitervertreter alles daran setzen, daß die Kommunisten auch bei den Landarbeitern keinen Erfolg haben."

In den Landarbeiterkreisen kommt die Erkenntnis, daß durch das geplante kommunistische Vorgehen keine Verbesserung der Landarbeiterfragen eintreten kann, sondern damit nur den Kommunisten nun erst recht klar wird, daß sie mit allen ihren Wünschen der Agrarier Rechnung getragen wird. Die anwesenden Vertreter erklären, daß ihnen durch das Vorgehen der zu Gebote stehenden Mitteln für die Stärkung ihrer Organisation des Deutschen Landarbeiterverbandes eintreten müssen. Nur dann ist es möglich, daß das Los der Landarbeiter zu verbessern. Weiter erklären die Funktionäre, daß sie in vollstem Vertrauen zu der Gauleitung und den Kreisleitungen diesen ihr Geschäft anvertrauen, da deren Erfolge Beweis dafür sind, daß diese Instanzen ihre volle Ehrlichkeit zur Wahrung der Interessen der Landarbeiter gelan haben und auch ferner tun werden."

Parteinachrichten.

Groß-Salze. V. S. D. Am Sonnabend den 25. November, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung in Stadt Hamburg. 1886

Kreis Wanzleben.

Behndorf. Ein Unersättlicher, 10200 Mark verlangt der Landwirt W. Müller für das Pflegen von einem Morgen Kornacker. Während die anderen Landwirte rund 6000 Mark fordern, scheint diesem Landwirt der Verdienst, den die Landwirtschaft bei dem Verkauf ihrer Erzeugnisse in der heutigen Zeit macht, zu groß gestiegen zu sein, denn alle übrigen Leistungen bei der Ackerbearbeitung berechnet er ebenso bedeutend höher als seine Berufskollegen. Die Gemeindeverwaltung oder die Steuerbehörde sollte einmal eine Nachprüfung der Steuerverhältnisse dieses Landwirts veranlassen.

Groß-Ottersleben. Die Generalversammlung des Kreisvereins findet am Sonnabend 8 Uhr in den "Hannasälen" statt. Der Jahnverein gibt ein Bild reicher gesellschaftlicher Tätigkeit. Alle Genossen, besonders die Frauen, müssen durch den Besuch der Versammlung zeigen, daß sie lebhafte Anteil an der Fortentwicklung ihrer genossenschaftlichen Organisation nehmen. Keiner darf fehlen. Der Saal ist gut geheizt. - Kartellverkauf beim Schloßhändler Freitag vom Sonnabend bis an weiteres auf Abschnitt 11 bis 14 der Stollendorfstraße 1 Jantner zu 885 Mark. Kartells werden auch in größeren Mengen abgegeben.

Zerthen. Opferwilligkeit der Parteigenossen. Die von der Partei zum Sonntag einberufene Volksversammlung magte leider ausfallen. Die Referentin, Stadtbaudirektorin Genossin Wegener (Berlin) konnte wegen der politischen Situation nicht erscheinen und der neue Bezirk mit ihrem Berichtungsauftrag die Genossen in der Stadt (Stadtteil) wurde zu einer wichtigen Versammlung nach Zerthen, wo sich eine Ortsgruppe der jüngsten II. S. P. mit Serpulierungsschäfern trug. Unsere Versammlung war sehr gut besucht. Das von den Schülern durch eine Zeilerausstellung und freiwillige Gaben in Höhe von 380 Mark gesammelte Geld wurde dies Ausforderung nicht wieder zurückgezahlt, sondern dem Bezirk als bestehender Wahlkunds überwiesen. In allerdringlichster Zeit wird bestimmt eine Versammlung stattfinden; sie auch früher genau so gut besucht werden.

Unseratz. In der öffentlichen Versammlung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei holt Genosse Kettner (Schmiede) einen Vortrag gegen Bücher und Zeitung. In der Diskussion wortet der Kommunist H. Kott mit Freuden aller Art um sich. Er befürwortete damit die Versammlung, die ihm nicht empfiehlt. Genosse Kettner wirbt später in ziemlicher Weise die kommunistischen Schreibungen. Die R.-P.-D. Seine werden nicht erneut dorthin gehen können. Mit einem Schlußwort des Genossen R. Kettner eröffnete die Versammlung ihr Ende.

Kreis Herzberg 1 und 2.

Burg. Zwangsmaßnahmen zur Durchführung der Gehobensumme. Der Gehobensumme nicht bekannt, daß die Absetzung des Hauses legtgemeindes in unserm Stare das Stadtbauamt und darüber bei Bergmann gehalten ist. Schmiedestücke und Rohstücke haben diese Firma nicht gezeigt. Der Gehobensumme nicht jetzt zu den ihm gegenüberstehenden Zwangsmaßnahmen überredet, da im § 22 des Gesetzes

vom 4. Juli 1922 gegeben sind. Sie bestehen in der Enteignung und Sicherstellung des Betriebes. Es ist höchste Zeit, daß zu diesen Maßnahmen gegriffen wird. Schnelles Handeln ist auch heute am Platze. — Von der Nationalen Rumpfaktion (Klaranlage) wurden eine Menge aufgerissene Wasserrohre gestohlen. Vor Anlauf dieser Höhe wird gewarnt. — Durch einen Revolver schuß wurde die ledige Gestalt gelöscht. Sofort angestellte polizeiliche Ermittlungen haben ergeben, daß eine freihafte Handlung nicht vorliegt. — Die Waffen nieder! Am Sonnabend wird der Männerchor wie alle Jahre ein Theaterstück zur Aufführung bringen. In ihrem mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Roman "Die Waffen nieder!" schildert Bertolt Brecht ein Frauenschicksal so packend, daß Hans Engler diesen Roman in einem Drama verarbeitete. Es kann ein Besuch nur empfohlen werden. —

Gute und billige Bücher

aus unsern Beständen sind zu haben in

Burg S. Biegelsky. Pulverstraße 10	Schönebeck Oberansicht, Groß-Salze, Markt 44
Diesdorf E. Fangohr. Niederdödendorf Str. 22	Staßfurt F. Ziegler jun. Bismarckstraße 25a
Frohse Paul Schüller. Wallstraße 10	Stendal Altstädtischer Volksfreund
Halberstadt Halberstädter Tageblatt	Stendal Arbeiter- sekretariat, Brüderstr. 16
Neuhaldensleben Heinrich Feldmann, Büstlinger Straße 3	Thale Ernst Ballack, Zoologische Straße 25

Burg. Eine kommunistische Jugendversammlung fand am Montag statt. Fünf Kommunisten einschließlich des Referenten waren anwesend. Die Genossen der Arbeiterjugend füllten den Versammlungsraum. So wurde denn auch das Bureau aus Genossen der Arbeiterjugend zusammengesetzt. Der kommunistische Redner, Kurt Richter aus Magdeburg, gab sich in seinem Referat über den Reichsbahnhofrat langlich ziemlich zurückhaltend. In der Aussprache traten unter Genossen aus der Arbeiterjugend gegen die Aussführungen der Kommunisten auf.

Gommern. Die Reichsanstalt und Verwaltung für Kriegsbeschädigte, Witwen, Waisen und Sozialrentner sowie für alle jungen armen Menschen findet fest in der Schule statt. Am Mittwoch den 29. November, abends 8 Uhr, können alle diese Personen sich im Zimmer 1a der neuen Kreisrechtschule Rath und Kunstfunk über alle Angelegenheiten, wie Renten, Steuern, Wohnungssuchen usw., informieren. Som Reichsbund der Kriegsbeschädigten stellen sich dafür zur Verfügung: Sozial, Heimst. Leiter, Frau Emma Brand, Frau Hänsich (Wähling); vom Centralverband der Invaliden und Witwen Robert Bonnisch und Frau Schwartz. — Eine Gedächtnissfeier für die Gefallenen hält der Reichsbund der Kriegsbeschädigten am Sonnabend nachmittags 5 Uhr im Schmidtschen Saal ab. Alle Angehörigen der gefallenen Kameraden sowie alle Gegner des Volksmörders sind dazu eingeladen.

Plötzkau. Zum Kulturvereinsversammlung. Die Bezirksverwaltung der Tonium- und Spargenossenschaft für Gommern und Umgegend war überwiegend von Hausfrauen besucht. Vorsitzender S. Kiel führte den Anwesenden die Notwendigkeit der Erhöhung des Gehörsatzes auf 5000 Mark vor Augen und Geschäftsführer Enders erläuterte einen Vortrag über alle Fragen der Genossenschaft. An der Aussprache beteiligten sich die Genossenschaftsleiter Koppé, Henkel und Lerche. Die Versammlung erklärte sich mit den Maßnahmen der Verwaltung durchaus einverstanden und in gewillt, nach Kräften für die Einzahlung des Gehörsatzes zu sorgen. Es teilte sich auch heraus, daß die Genossenschaft bei den meisten Lebenmitteln am billigsten ist. Jeder Genossenschaftsleiter soll am Ende der Woche 50 Mark auf den Geschäftsauftrag stellen. Ein ehrlicher Teil der Genossenschaft hat den Anteil voll eingezahlt. Es meldeten sich viele neue Mitglieder aus allen Kreisen, die den Rest der Genossenschaft einzusehen. Voten dürfen nur an Mitglieder verliehen werden. Die Versammlung ist von morgens 7½ bis abends 6½ Uhr. Genossenschaftsleiter Henkel wies auf die Sparflasche im Konservatorium hin. Jedes Mitglied, das Geld auf Zinsen geben kann, sollte es der Genossenschaft zufließen lassen. Dort wird es gut verwaltet und ist auch vollständig sicher angelegt und kann nach Belieben abgehoben werden. Auch Vereine und andere Körperschaften sollten ihre Spender in Konservatorium anlegen. Genossenschaften erläuterte noch im Anschluß den Rest der "Sozialfürsorge". Die Lebensversicherung ist jetzt dringend geboten. Die Beerdigung kostet viel Geld. Alle Genossenschaften sollten sich bei der "Volkssängerei" versetzen. In der weiteren Aussprache kam zum Ausdruck, daß jedes Mitglied seine Pflicht erfüllen will.

Kreis Wohlmeier-Wohlmeier-Wohlmeier-Wohlmeier.

Borneberg. Nach der Einigung wurde in der Mitgliederversammlung der S. S. E. D. der Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Friedrich Wohlmeier, 2. Vorsitzender S. Wilhelm Sauer, Sekretär E. Müller, Schriftführer G. Siele. Revisorin Sophie und Sekretärin. Nur bestimmte Stellen sind nur der Kampf gegen Reaktion und Konservatismus gewidmet. Genossen, lasst alle Laster befreien. Keiner darf absichtlich lieben. Jeder muß seine Schuldigkeit tun.

Regine.

Eine Erzählung aus dem Tage des Käfigs Käbel.

(14. Fortsetzung.)

Die Freiheit, die die Freiheit eines der angesehensten Kinder und Käfigs im Hause — eines Kindes, das keinen Sonnenuntergang mehr kennt — die Freiheit, die Freiheit zu verjagen und zu verjagen — läßt sie bei einer Stunde ein zweites Kindes noch nicht als erst, so wie der Mensch, der kein Kind mehr ist, einen Zugzug in Beziehung eine bedeckte Freiheit unterdrücken ist, und weil ich kein eins hässliches Kind mehr benötige, bei dem möchte ich, vor allem an mich und an die eigene Nachbarinnen zu denken. Dagegen kann über mich der Zustand des Herrschafts- und des Unterganges gegenüber der Gesetzlosigkeit und Friedenslosigkeit. Der Käfige führt hier, nur vor mir steht, zu bestimmen; über die Freiheit kann ich die Freiheit einer Freiheit nicht mehr haben — in jeder Freiheit eine Feindseligkeit, die zu kleinen und großem Elend führen zu lassen.

Stich und Peinlichkeit, die ich empfunden habe, waren ungemein, besonders als unter diesen Sonnenuntergängen zur Hoffnung und Zuflucht. Der Käfig, der sonst für einen der gläubigsten Menschen geschaffen, eine Freiheit und in der Seele ein fröhliches Kind ist, in diesen Stunden ein reiches Ungemach und wurde zur Freiheit unzulässig. Er kann mit dem ersten Kind und zweiten Kindesgeist doch lange nicht so viel entnehmen, wie er gewollt, und er kann bei jedem anderen Schreiber, dem eine kleine Menge Gold oder auch Gespaltener, eines Kindes am Ende viel glücklicher machen können als eine kleine und unzulässige. Gleich als er zum erstenmal die Sonne bei Sonnenuntergang zum erstenmal gesehen und durch die Stille des Himmels vor dem und den Sonnenuntergang über die Freiheit gekommen war, kam ihm ein plötzliches junges Kindes eingezogen, die nun beiden eine gewisse Verbindung mit Regine leistet. Er konnte es hören und erkannte, daß es doch noch ein Kind, das ihm nur in seinen Kindesstunden, die er seitdem nicht mehr kannte, die Freiheit aus seinem Käfige nahm, die Freiheit aus seinem Käfige, die gewünschte Freiheit, mit kleinen Freuden und Freuden des Kindes, die gewünschte Freiheit, mit kleinen Freuden und Freuden des Kindes.

Reichslandesleben. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins war gut besucht. Von der Beitrags erhöhung nahm die Versammlung Kenntnis. Genosse Gerl (Magdeburg) hielt dann einen interessanten Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage. Die Leitung schafft eine ungeheure Erhöhung unter der schaffenden Bevölkerung. Die Methoden der Kommunisten bringen keine Hilfe. Der Reichsbahnhofrat kommt, wenn er überhaupt zu stande kommt, nur auch nichts erreichen als die Gewerkschaften. Die Unternehmer wollen zum Schlag gegen die Arbeiterschaft ausholen. Da heißt es für die Arbeiterschaft, auf dem Posten zu sein. In einem parlamentarisch regierten Lande kann auf die Dauer eine große Partei wie die sozialdemokratische von den Regierungsgeschäften nicht ausgeschlossen werden. Wir müssen wachsen sein und Erziehungsarbeit in der Partei und den Gewerkschaften leisten. Dann sprach Genosse Schwab über die Gefahren einer bürgerlichen Regierung für die Beamterchaft. Genosse Preuß trat für Reichstagsneuwahlen ein, und Genosse Melzer verlangte, daß sich die Arbeiterschaft jetzt endlich aufstellen müsse, wenn es nicht zu italienischen Zuständen kommen soll. Es sprachen noch mehrere Genossen, welche zum Ausdruck brachten, daß einer Stärke-Regierung unter dem Dechanten des Sozialdemokratischen der Kampf von der Arbeiterschaft angesetzt werden muß. Genosse Hartmann teilte noch mit, daß der von den Kommunisten gewählte Kontrollausschuss gelöst hat und keine Vorschläge machen konnte, wie die Leitung erfolgreich zu belämmern ist. Dies muß die Arbeiterschaft wieder verbürgen, die Arbeit mit Präsenz statt zu machen. Bekanntgegeben wurde, daß am 28. November ein Unterhaltungssabend stattfinde, an dem sich auch die Arbeiterschaft beteiligen wird. Der Vortrag ist für die Ortsarten bestimmt. Genosse Ebdmann regte an, daß die Arbeiterschaft einen Stundenlohn für die Armen der schaffenden Staats opfert. Auch die Arbeitgeber müssen denselben Beitrag leisten, damit der Not gesteuert wird. Der Bericht über die Stadtverordneten-Sitzung wurde noch gegeben und dann mit anfeuernden Worten des Genossen Hartmann die Versammlung gelobt. — Der Preis für Brötchenkohlen beträgt jetzt 864 Mark für den Zentner. — Die Weihnachtsausstellung, hauptsächlich für Spielwaren, hat bereits in einigen Geschäften ihren Anfang genommen. Schnellstig stehen die Kinder vor der Pracht in den Schaufenstern, und so mancher Wunsch wird sich in dem Gemüte der Kleinen geregt haben. Die Phantasiepreise gestalten es aber nur wenigen Eltern, die jahrlänglichen Wünsche der Kleinen zu erfüllen. Den meisten Familien wird es kaum möglich sein, bei den hohen Preisen zu Weihnachten etwas kaufen. So wird das diesjährige Weihnachtsfest in den Privatwohnungen vielleicht freude verstreuen. Der wahnsinnige Krieg wird sich jetzt an den unschuldigen Kindern in der grausamsten Weise aus.

Ilmenau. Ohrfeige durch das Abblagen der Papprolle reicht fast jeden. Hoffentlich wird der Schmied, welcher den Ohrfeige ein anstrengtes Aussehen gab, durch Anspannung von Fleischmesser erlegt. Der Stadt fließt durch den Bebauung des Holzes unerträgliche Summen zu, was bei der Hinwendung sehr genehm ist. — Am Sonnabend veranstaltet die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten ein Sinfoniekonzert im neudefornten Saale des Volks-Gymnasiums. —

Satuelle. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in unserm Ort. Durch Hantieren mit einem Revolver, der gereinigt werden sollte, wurde der Schmiedemeister Beck, ein Familienbauer, von seinem Bruder erschossen.

Kreis Ralbe.

Brünn. Die Werbeversammlung war leider nicht gut besucht. Landtagsabgeordnete Genossen Kröger entwarf in ihrem interessanten Vortrag ein Bild unserer wirtschaftlichen und politischen Lage und schilderte treffend die ungeheure Not, die weite Volkströste erfaßt hat und die im kommenden Winter sich noch steigern wird, wenn dem Winter und der Leitung nicht eigentlich entgegentreten wird. Sie besuchte auch das wissenschaftliche Kreisen verantwortungslöser Reaktionäre. Nur die einige geschlossene Arbeiterschaft kann solchen Machenschaften Einhalt gebieten. Mit der Schererin waren auch die Diskussionsredner der Tafel, daß es für alle Proletarier und Proletarierinnen selbstverständliche Pflicht ist, der Partei beizutreten und die Arbeiterpreise zu lesen. Dem Kommunisten Hartmann, der die Versammlung mit den üblichen Phrasen langweilte, erteilte unsre Genossen eine kräftige Abfuhr.

Schneidlingen. Die Kartellisierung war leider sehr schwach belegt, da die meisten Genossen durch andre Sitzungen verhindert waren. Die Kartellbeiträge wurden von 4 auf 15 Pfennig erhöht. Von männlichen und 8 Pfennig für weibliche Mitglieder pro Woche und Mark erhöht. Von der Beratung der anderen Punkte der Tagesordnung wurde Abstand genommen. Die nächste Sitzung findet am Sonntag den 2. Dezember statt, wo mit der Schulung der Betriebsräte begonnen werden soll.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Kinder brauchen Power

die Kraftkost für Kinder u. Erwachsene

In den Drogerien und Apotheken zu haben.

Regine und gebürtet, wenn ich die genommen hätte! Ein Scherzer auf mich! Ein Moment später strich er mit der Hand über das Gesicht und lachte für sich. „Kann ich's einmal so? Ich der Welt ist's nie ganz, wie's sein sollte, und andre haben auch nicht alles, was sie wollen.“

Drei Jahre Stunden des Schreitens und Rüttens vereinzelt, bevor sie jungen übernahm die Arbeit des Neuers, die ihn immer wieder in Beiflog nahmen und ihn in die Stimmung versetzten, bis man das, was man erfuhr, nicht räumt und das Leben nimmt, wie's eben ist. Das Kind sieht ihn noch immer für einen der gläubigsten Menschen. Man klagte ständig, daß die Schreiter folgten und das Kind in der Hand hielten; wie weit das Kind ging und was das Kind tat, das machte sich noch niemand nicht darüber. Die Mutter holt den Mann auch nur unter den und unter die Jungen, um Beispiele mit andern am Dorfe vor ihr her zu ziehen, und sie ließ ihm, wo es dorothy erfuhr, durchaus nichts und gab ihm nur andern keine gewölkende Ehre. So auch das, was dem Gatten zum Beiflog ging, obgleich die Freude ein Geheimnis. Aber die Nachbarin, die Frau Baurau, war genau wie der Mann nicht ganz so benehmen, wie's ist, und hatte bei sich, was derzeit dort nicht das Leben hat, das er lieben könnte.

Gleich in ihrer Art, je vollkommen zufrieden war die Mutter jetzt. Sie holtte in der Zeit alles, was ihr Herz begehrte: Gold und Gut, gründliche, breite Kinder, einen tüchtigen Mann, der sie liebt, und all die anderen Dinge, die ihr das Leben leichter gemacht haben, kann ihm ein junges Kindes nicht mehr geben.

Der beginnende Zeitpunkt der Mutter erkennt auf einen neuen Anfang in der Zukunft. Dieser Mutter erforderte das neue Glück des Kindes, und da sie jetzt einzige unabhängige

Zeit es gesatteltte, so wollte sie vor ihrer Niederkunft noch einen Besuch bei ihren Eltern machen. Der Mann wurde bestört, das Gesicht aufs beste herzurichten, sie selber putzte sich und die Kinder, und im schönen Slaate, bewundert von alt und jung, fuhr die Familie aus dem Hof und aus dem Dorfe, dem Geburtsort der Mutter zu. Groß war die Freude des Wires und der Berlin über das vor treffliche Aussehen der Tochter, der Enkel und auch des Schwiegersohns. Das „Auftrüpfen“ und die jüngste Tochter des Hauses trugen auf, was Speisekammer und Keller boten; man beschäftigte das Brunnzimmer, die Ställe, das Brauhaus und machte einen Speisenzug durchs Dorf, um besseren Appetit zum Abendessen zu bekommen. Der Meier konnte nicht sagen, daß man im Wirtshaus nicht auch ihn seine Ehre gäbe, aber er mußte doch fühlen, daß er keineswegs die Haupterson war. Als er eintrat, an der Seite stehend, die Familie betrachtete, kam es ihm vor, als ob sein Weib doch eigentlich nichts wollte, als sich mit den Kindern den Trüppen zu zeigen, die nichts als die Tochter mit den Enkeln seien, und daß man ihn im Grunde nur so „mit ankommen“ (mit ankommen, mitgehen) ließ. Diese Wachnebung konnte ihm nicht wohl tun, und er fühlte sich denn auch je weniger von dem Besuch erbaut. Die Meierin dagegen, die nicht nur von den Trüppen, sondern auch auf der Gasse und abends in der Wirtschaft von Bekannten Bob und Tora und die jüngste Südwärts empfing, schwieg in der Lust des Tages. Endlich sah sie sich zur Getreifahrt. Die Nacht war ziemlich vorgerückt und die Luft kühl bis zur Kälte, als sie wieder in den Meierhof einzuführen.

Dies war aber der letzte Freuden- und Ehrentag des Weises. Ihre Stunde kam. Unter heftigen Schmerzen und Fieber brachte sie ein totes Kind zur Welt, und zwei Tage darauf war sie eine Leiche.

Der Mann hatte bei den Leichen des Weises alles vergessen, was er gegen sie zu sagen gehabt; er war ihr aus

Borsig. In einer öffentlichen Versammlung sprach Parteisekretär Genosse Adam (Staßfurt) über "Im Birke der Zeit". Das schlechte Wetter hatte den Versammlungsbesuch beeinträchtigt, der sonst in Borsig stets gut war. Trotzdem ist aber durch die Vereinigung der Parteien eine neue Kraftstiftung bemerkbar. Zu einer längeren Auseinandersetzung kam es mit einigen LebewohnerInnen, welche erst als Außenseiter auftraten, aber allmählich ganzlich verstimmt waren, denn auch sie ließen sich überzeugen, daß nur eine festgeschlossene Kampffront der Arbeiterschaft allen Stürmen der Zukunft trotzen kann. —

Groß-Salze. Die Vereinigte sozialdemokratische Partei hält ihre Versammlung am Sonnabend abends 8 Uhr in Stadt "Hannover" ab. Ein Vortrag des Genossen Büß und der Stadtberichterstatter stehen auf der Tagesordnung. Ein zahlreicher Besuch dieser wichtigen Versammlung wird erwartet. —

Görlitz-Wessin. In der Einigungsvorstandsmühle der beiden Parteien wurde beschlossen, in Wessin eine selbständige Ortsgruppe zu gründen. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt die Genossen Galle zum 1. Vorsitzenden, Büß zum 2. Vorsitzenden, Lischke zum Kassierer, Saut zum Unterfasser und Richard Pieprz zum Schriftführer. Parteisekretär Genosse Adam sprach dann über "Die Wirkung der Zeit" und kritisierte scharf, daß in dieser Zeit noch Arbeiter gegen Arbeiter austreten. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, geschlossen den Kapitalismus und der Reaktion gegenüberzu stehen und die Folgen des Krieges zu mildern, die wir der unverantwortlichen Politik der Denkschauischen Herrscher und Hergt verdanken. Kontrollausschüsse, wie sie die Kommunisten wollen, können die Erziehung nicht befehligen. Aufgabe der Betriebsräte ist es, bei der Preisgestaltung der Warenherstellung mitzuwirken. Mit der Mahnung, vor allem die Frauen für die Partei zu gewinnen, schloß er seinen interessanten Vortrag. —

Pömmelte. Nach langer Zeit fand wieder eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Als Redner war Genosse Adam (Staßfurt) erschienen. Schon während des Vortrags war es dem Referenten möglich, einige Zwischenrufe heranzumachen, welche großer Unruhe mit der Arbeiterschaft wieder getrieben werden soll durch die aus kommunistischer Macht hervorgegangenen Kontrollausschüsse und den Reichsbetriebsrätegesetz. Da die "Tribüne" als Beweismittel dienen sollte, war es dem Genossen Adam auch vorgemacht nachzuweisen, daß die geistige Kost, welche der Abgelehrte der Moskaujünger in Magdeburg seinen Lesern zu bieten wagt, nur aus Lüge und Heuchelei besteht. In diesem Rahmen bewegte sich dann auch die Diskussion. Auch in Pömmelte werden wir Klarheit schaffen; denn der gesuchte Sinn der Arbeiterschaft erblieb in der Vereinigung S. P. D. den besten Schutz gegen alle Feinde der Republik und des Sozialismus. —

Schöneck. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der "Donauschule" war gut besucht. Geschäftsführer Hartung gab Bericht über die Lohnbewegung am Oste. Die Beitragserhöhung wurde einstimmig nach den Vorschlägen der Verwaltung angenommen und die Ortsverwaltung ohne Stimmenthalt wiedergewählt. Dann gab Otto Krämer ein Bild von der kommunistischen Agitation und "praktischen Arbeit". Diese Ausführungen machten tiefen Eindruck auf die Mitglieder. Franz Hartung ging dann näher auf die schmützige Schreibweise der "Tribüne" über, die leichten Mitgliederversammlungen des Verbandes ein verlas unter lautem Gespächter der Versammlung den Bericht und ließ sich einstimmig, nur gegen die Stimme des Kommunisten Franz Milius durch die Versammlung die Verlängerung des Berichts der "Tribüne" bestätigen. Weiter machte Hartung Ausführungen über den Verlust kommunistischer Hebe, die Sprengung des Landarbeiter-Verbandes am Oste zu erreichen. Es hatte vor einigen Tagen bei Theile dieserhalb eine Landarbeiter-Versammlung stattgefunden, zu der man sich einen kommunistischen Redner mit Name aus Berlin beschreiten hatte. In der gemeinsamen Art wurden dort unter Vertretern vom Ortskastell angegriffen. Als sie sich zum Wort meldeten, wurde es ihnen durch den Vorsitzenden Schäfer nicht erteilt. Auch über diese Vorwürfe wurden die verlogensten Berichte in der "Tribüne" gebracht. Es wird den Herrschäften aber nicht gelingen, den Landarbeiter-Verband aneinander zu treiben. —

Schöneck. Mittwochabend z. r. m. e. Deutschnationale Volkspartei usw. haben am Mittwoch im "Stadtspark" wieder mal versucht den Mittelstand zu retten. Auf den Suche nach einem Referenten hatten sie den Mittelschulherrn Schulze gefunden, der früher als deutschnationaler Judensüßer auftrat, sich in einer Mieterversammlung als Kommunist gehärdete und jetzt Stützenanhänger geworden ist. Seinen politischen Handlungen entsprechend waren auch seine Ausführungen kaum genug. Man höre: Weil wir so ung-heuer viel Beamtene haben, die das Geld des Mittelstandes aufpressen und weil das Mieterabzugsgesetz gegen die Hausbesitzer eine Ungerechtigkeit ist, und so weiter. In seine Stabilisierung der Markt möglich. Liegt das auch im Interesse des Mittelstandes? Dann kam die Gewerbe-steuer dran. Ja, war denn die nicht schon vor der Revolution da? Wegen dieser Steuer haben schon viele Gewerbetreibende ihre Geschäfte schließen müssen, behauptete der Mittelschulherr Schulze. Das Elektrizitätswerk nimmt jetzt 9 Mark pro Monat. Wir bezeichnen dieses ebenfalls als Bucher. Aber die politischen Freunde des Herrn Schulze sind es, die genau eine Aufhebung der famosen Anordnung von 1919 im Reichstag sind. Berlin wirkt er vor, daß auf Kommunekosten die Milch verbilligt wird. Dabei hätte der Volkspartei am Vorstandstisch ihm gleich Auskunft geben können, warum bei uns am Oste die Milch so teuer ist. Drei behauptete Schulze 430 Millionen habe der Staat der Zentral-Einkaufsgesellschaft der Konsumvereine zur Verfügung gestellt. Das sind jetzt 12 Milliarden, die er mit Kathos. Dieser Schwund fand natürlich großen Beifall. Dann präsentierte sich noch einige Reichstagsleute und baten um Geld für Asylbau. Hollborn verfasste eine eilen lange Entschließung, und dann kam Körting noch mit einer Entschließung. Im Schweife seines Angesichts erklärte er recht deutschnational-kommunistisch: "Wenn es nicht anders wird, dann bezahlt wir keine Steuern mehr." Wohlweislich erklärte er, eine Diskussion machen wir nicht, denn er hatte gemerkt, daß wir anwesenden Genossen die wahrheitswidrigen Behauptungen des Lehrers der Republik richtigstellen wollten. Der Bruder Arbeiter als Forum soll die Sache begleiten, das war der Sinn der Forderung nach Anpassung an die Dollarwährung, geranzt Einlaufspreise. Die Arbeiter werden den Herren die Antwort nicht schuldbleiben. — Die Freie Volksbüche veranstaltete vor kurzem verdientes Theaterabend zu Gunsten der Sozialzentrale. Der zweite Abend war sehr gut besucht, so daß 1000 Mark dem Volksfahrtzauber überwiesen werden konnten. Auch der dritte Theaterabend war gut besucht, es konnten wiederum 600 Mark überwiesen werden. Die Arbeiterzeit Schönebeck und Umgegend wird gebeten, auch den vierten Volksfahrtzauber am Donnerstag abends 8 Uhr in der "Tonhalle" recht zahlreich zu besuchen. Zur Aufführung gelangt "Romeo", ein Arbeiterschauspiel in 3 Akten. Der Neuertrag ist diesmal für die Altershülfe bestimmt. —

Unterbezirk Staßfurt-Aßchersleben.

Staßfurt. Parteiversammlung. Die Vereinigte sozialdemokratische Partei hält am Donnerstagabend 8 Uhr eine wichtige Mitgliederversammlung im "Festenhaus" ab. Genossen Arning (Magdeburg) wird einen Vortrag halten. —

Aßchersleben. Eine Generalversammlung des Konsumvereins Aßchersleben und Umgegend fand am Freitag im Böttchernhause der 1. Geschäftsführer Schulz, erstattete den Bericht des 1. Halbjahrs. Redner schilderte die heutige Wirtschaftslage. Der Dollar regiert die Welt. Die kolossalen Preisschwankungen werden in der Hauptstadt durch den jeweiligen Dollarstand herverursacht. Im Interesse der breiten Massen würde es sein, wenn wir dazu beitragen könnten, daß unser Markt stabilisiert wird, damit wenigstens von heute auf morgen fakturiert werden kann. Heute sind viele Waren nur noch gegen Vorrauszahlung zu haben. Infolge der Geldknappheit und der Marktentwertung konnten weniger Rohprodukte gefasst und auch weniger Waren hergestellt werden, so daß in einzelnen Artikeln Mangel zu verzeichnen war. Dazu kommt noch, daß im allgemeinen die Betriebe nicht fehlen, auch in unserer Genossenschaft. Viele neue Mitglieder sind zu uns gekommen, deshalb ist es notwendig — weil ja jedes Mitglied Ware am Lager sein muß —, daß bei Neuauflnahmen mindestens 1000 Mark Geschäftsanteil gezahlt wird. Zur Erleichterung der Einzahlung des Geschäftsanteils in die Genossenschaft

eingeführt. Seit Jahr sind rund 850 Waren eingelassen. Jedes Mitglied kann und muß bei jeder Gelegenheit in der Verteilungsstelle Einzahlungen leisten. Im ersten Halbjahr war ein Umlauf von rund 24 Millionen Mark zu verzeichnen. Unsre Fleischerei und Bäckerei hatten durch Fortschritte erzielt, festgestellt werden muß aber, daß der Umlauf in der Eigenproduktion sich gut verdoppeln läßt. Die neue Bäckerei ist dazu eingerichtet, daß jedes Mitglied Brot bestellen kann. Wenn schlechtes Mehl gesetztes wird, ist mit Schwierigkeiten zu rechnen. Genosse Schulz schlug dann eine Resolution gegen die Erhöhung der Umlaufsteuer von 2 auf 2½ Prozent vor, die auch angenommen wurde. Als Aufsichtsratsmitglieder wurden die Genossen Kolze, Beyling und Gropp gewählt. Genosse Großmann, der die Erhöhung der Geschäftsanteile begründete, schilderte die finanzielle Lage unseres Vereins. Wir haben für rund 20 Millionen Mark Ware am Lager, dagegen steht ein Betriebskapital von 4½ Millionen Mark. Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Er schlug die Erhöhung der Geschäftsanteile auf 5000 Mark vor. Sie wurde einstimmig beschlossen. Das Eintrittsgeld wurde auf 25 Mark festgelegt. Für verlorengangene Bücher sind 15 Mark zu entrichten. Bei Neuauflnahmen sind sofort 1000 Mark Geschäftsanteil zu zahlen. Ein Antrag Gebhard (Wolmirstedt), der Staatskredit wünschte, wurde abgelehnt. Mit der Erwähnung, rege zum Wohle des Vereins weiter zu wirken, schloß der Vorsitzende die Versammlung. —

Aßchersleben. Eine Gerhart-Hauptmann-Feier veranstaltete der Volkshildungsverein. Zur Aufführung gelangte "Elga" in vollendetem Darstellung durch Künstler des Dessauer Stadtheaters vor ausverkauftem Hause. Ein "gebildeter" Zuhörer, der seine ganze "Wissenschaft" aus der "Deutschen Zeitung" bezieht, hörte seine Erklärung, in dem er immer von dem "Juden" Hauptmann sprach und den Inhalt des Stückes einen "Skandal" nannte. Armer Trost! — Zur Verteilung an die Kleinkapitalrentner stand dem Wohlhabersamt 385 700 Mark überwiesen worden. Die Stadt hat bestimmingsgemäß 165 300 Mark beizusteuern, so daß 551 000 Mark zur Vergütung stehen. In der Ausscheidung zur Bewerbung um die Unterstützung war auch nach den Anweisungen gesagt worden, daß die Beiträge zurückzuzahlen sind, insbesondere aus dem Nachlass nach dem Tode. Das hat viele Kleinkapitalrentner abgehalten, einen Antrag zu stellen. Dann kann ihnen eben nicht geholfen werden. Bei den Armenunterstützungskämpfern werden auch die Auswendungen wieder eingezogen, so weit es angeht. — Die Kleinkapitalrentner haben sich gezeigt, werden in den nächsten Tagen auf 500 Mark in der 3. Klasse, 750 Mark in der 2. Klasse und 1000 Mark in der 1. Klasse erhöht. Auswärtige haben 20 von Hundert Zuschlag zu zahlen. Vereinbarungsgemäß werden in den benachbarten Krankenhäusern Salzwedel, Ballenstedt, Quedlinburg, Osterwieck usw., in der 3. Klasse dieselben Beiträge erhoben. — Die Douglas-Stiftung, die eine Kinderbewahranstalt unterhält, kommt mit den bisher gewährten laufenden Zuwendungen und der letzten einmaligen Beihilfe nicht mehr aus. Es sollen ihr nun zu den eignen Einnahmen jeweils so viel städtische Mittel zur Verfügung gestellt werden, als sie zu ihrem Betriebe braucht. In dem Stiftungsgebäude ist bislang auch die städtische Kleinkindertippe, und zwar unentgeltlich, untergebracht. —

Kleine Chronik.

Unfall des München-Dresdner Schnellzugs. Der am Donnerstag morgen 5.07 Uhr im Chemnitz fällige Münchner Zug D 115 überfuhr kurz hinter Wüstenbrand seine Vorherrschaftslokomotive. Die Lokomotive wurde sehr schwer beschädigt, der Postwagen des Zuges eingedrückt. Auch die Schnellzugslokomotive erlitt Beschädigungen. Durch den Zusammenprall wurden die Passagiere stark durcheinandergeworfen. Elf Personen wurden leicht verletzt. —

Der Raub der Wäscherin. In der Nacht vom Dienstag zum Donnerstag ist der Wäscherin-Brunnen, der auf dem Märkischen Platz vor dem Märkischen Museum in Berlin stand, gestohlen worden. Der Brunnen stellt eine Wäscherin dar, die in voller Arbeit ist. Die Figur der Wäscherin ist aus Bronze und steht auf einem Steinsockel. Die Diebe haben die Figur und den Steinsockel geraubt. Die "Wäscherin" erfreute sich großer Popularität; der Berliner Volksatz hat ihr die ehrende Bezeichnung des "einsigen Bläddchen ohne Verbältnis" beigelegt. —

Entführt oder durchgebrannt? Am Donnerstag morgens gegen 5 Uhr wurde die aus dem Kreis Oberschlesien liegenden Orte Hammerstadt stammende, 18-jährige Tochter des Bahnhofvorsteher mit einem Auto entführt. Als Täter kommt ein Südmährer namens Brise in Frage. Brise hat vor kurzer Zeit bei den Eltern um die Hand des jungen Mädchens angehalten, die hatten aber ihre Einwilligung verweigert. Er gab sich als Besitzer einer Steppdeckenfabrik aus, machte aber im übrigen keinen berühmtheitswürdigen Eindruck. Da die Behörde annimmt, daß er sich mit "seiner Beute" nach Hamburg gewandt hat, um einen bestimmten, nach seinen vorherigen Neuerungen bekannten Dampfer nach Amerika zu bemühen, ist die Kriminalpolizei in Hamburg in Kenntnis gesetzt worden. —

Gestohlene Abendmahlgeräte. Am Donnerstag morgens gegen 5 Uhr wurde die aus dem Kreis Oberschlesien liegenden Orte Hammerstadt stammende, 18-jährige Tochter des Bahnhofvorsteher mit einem Auto entführt. Als Täter kommt ein Südmährer namens Brise in Frage. Brise hat vor kurzer Zeit bei den Eltern um die Hand des jungen Mädchens angehalten, die hatten aber ihre Einwilligung verweigert. Er gab sich als Besitzer einer Steppdeckenfabrik aus, machte aber im übrigen keinen berühmtheitswürdigen Eindruck. Da die Behörde annimmt, daß er sich mit "seiner Beute" nach Hamburg gewandt hat, um einen bestimmten, nach seinen vorherigen Neuerungen bekannten Dampfer nach Amerika zu bemühen, ist die Kriminalpolizei in Hamburg in Kenntnis gesetzt worden. —

Schneesturm im Bayrischen Wald. Ein furchtbare Schneesturm herrscht in den letzten Tagen im Bayrischen Wald. Der Verkehr ist zur Unmöglichkeit geworden. Infolge Beschädigung eines Elektrizitätswerks waren mehrere Dörfer ohne Licht und Kraft. Auf den höheren Bergen des Bayrischen Waldes liegt der Schnee meter hoch. —

Ein Güterzug überfallen und geplündert. Eine Räuberbande versteckte sich in der letzten Nacht im Gremberger Walde bei Köln und brachte durch Abgabe von Schüssen einen Güterzug zum Halten. Als die Bahnpolizei erhielt, entzündete sich ein lebhaftes Feuergefecht zwischen der Polizei und den Räubern, die mit Feuerwaffen gut ausgerüstet waren. Ein Teil des geraubten Gutes konnte schon wieder herbeigeschafft werden; die Täter selbst sind flüchtig, und man ist ihnen auf der Spur. —

Vereine und Versammlungen.

Bäder und Konditoreien.

Eine öffentliche Versammlung der Bäder und Konditoren, einberufen vom Zentralverband der Bäder, Konditoren und verwandter Berufe, fand am Mittwoch den 22. November in der "Reichskrone" statt. Sie war von den Berufsgenossenschaften stark besucht. Bezirksleiter Willke referierte über die bestehende Gefahr der Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit im Bäder- und Konditorgewerbe. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 22. November legende öffentliche Versammlung der in den Bäderen und Konditoreien beschäftigten Personen nimmt mit Empörung Kenntnis von den reaktionären Anträgen des Centralverbandes deutscher Konsumvereine an den sozialpolitischen Ausschüssen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats auf Wiedereinführung der kultivierbaren Nacharbeit in den Bäderbetrieben mit 12 Beschäftigten und mehr und der Auflösung aller übrigen Gemeinschaften im Bäder- und Konditorgewerbe. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Versammlungen bedauern auf das lebhafteste, daß der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Anträge der Konsumgenossenschaften fürchtet und somit der allgemeinen Beteiligung des gesetzlichen Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit verzichtet. Durch die Wiedereinführung der Nachtarbeit in den Bäderbetrieben wird die drohende Gefahr heraufbeschworen, daß in den handwerksmäßigen Kleinbetrieben, die weit über 100 000 betragen, der Durchsetzung der gesetzlichen Schrif-

bestimmungen Vorschub geleistet und jede Wirtschaftskontrolle unbunden wird.

Die Versammlungen erklären: Unter keinen Umständen darf die Nacht- und Sonntagsarbeit — die größte Verbrechen an den Berufsangehörigen im Bäder- und Konditorgewerbe — verwirkt werden. Der Vorstand des Centralverbandes der Bäder und Konditoren wird beauftragt, alle geeigneten erscheinenden gewerkschaftlichen Kampfmittel inwendung zu bringen, um die große Kulturschande mit Erfolg zu vertreiben. Sie beschließen, die wirkliche Finanzierung dieser Aktion zu unterstützen und erklären, eine umfassende Aktion zur Gewinnung aller in den Bäderen und Konditoren beschäftigten Personen durchzuführen.

Niemals wieder Nacht- und Sonntagsarbeit sei der Kampfesruf gegen alle, die uns wieder in das grauenhafte Eisen der Gewinnung widrigen Arbeitsweise bei Nacht und Sonntag stoßen wollen.

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Gegenbauradenium die Reihe 28.00 Mark aufgenommen. Metallarbeiter-Krankenkasse Sudenburg. Zahlstet vom 25. November ab im "Jägerheim", Eicherstraße. —

Hagelclub. Dienstag den 8. November, abends 8 Uhr, Aula der Luisenschule, Hagelstraße. —

Arbeitsbericht: "Winterfreuden im Harz", gehalten vom Verleger Schulte (Wernigerode). Eintritt 10 Mark.

131

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse. (Amtl. Notierungen vom 23. November.)

Produkte	50 Kilogramm Mark	Produkte	50 Kilogramm Mark
Weizen, märkischer	11800—11600	Roggenflocke*)	6200—6300
Weizen, schwäbischer	—	Raps	2000—2100
Roggen, pommerischer	10300—10100	Reisnudeln	22000
Roggen, thür. schwäbischer	—	Kleine Speckfleisch	21000
Roggen, östpreußischer	—	Futterfleisch	145.0—155.0
Roggen, westpreußisch.	—	Alberbuben	14000—14500
Gerste, Sommer	11300—11000	Witzen	183.0—195.0
Gerste, winter	12000—11800	Spitzen, blaue	14000—15000
Hafer, märkischer	11900—11700	Spitzen, gelbe	15000—16000
Mais (ab Berlin)	—	Spätzle, alte	25000—30000
Mais (ab Homburg)	31500—36500	Spätzle	5000—53.0
Roggenmehl, 100 kg	28500—31500	Drohnschnitzel	5000—7700
Roggenmehl, 100 kg	—	Bohnen, Zuckerschnitzel	5000—53.0
Weizenmehl	6000—6100	Spätzleflocke	3000—3200
Weizenflocke*)	—	Witschka 30/70	3000—3200

Die nichtamtlichen Raumfutter-Nötierungen pro 50 Kilogramm sind folgende:

26 Station im Großhandel lauteten: Weizen- und Roggenstroh, drahtgeflechtet

3500—3600 Mt. Sackstroh ab 5100 Mt., Landstroh ab 5100—5200 Mt., Krummstroh, los und gebunden 4900—5000 Mt., Sackstroh ab 5100—5200 Mt., Weizenstroh, los und gebunden 4800—4900 Mt., Sackstroh ab 5

MAGOL

der schonende Schuhputz
das gute Bohnerwachs.

★ MAGOL-WERKE ALB. MÜLLER
MAGDEBURG ★ Telephon 2090, 1928, 1714.

Reeller Ankauf von Brillanten
Gold-, Silberbruch
Platin, Dublee, alte Gebisse
Goldschmied Max Obeck
Gegründet 1891
Breiteweg 80/81 Eingang Katharinenstraße

Nach Dollarkurs

jahre weit über einem Stande
von 6300 Mk. für
Bruch und Gegenstände aus

Gold

ff. 3800 Mk. pro Gramm

Silber

ff. 110 Mk. pro Gramm

Platin

rein, zum höchsten Tagespreis!

Beforerte Zimmer für größere Posten.

Liedtke & Rusche

Kaisersstraße Nr. 15 228

Fernsprecher 1523

Zohle

Börsepreise

für Bruch u. Gegen-

stände aus

Gold

Ketten, Ringe, Uhren

Silber

Eheringen und Welt-

Platin

Gebiß- u. Bräutstifte

Alte Gebisse

Brillanten

Hauffe

Breiteweg 94, Tel. 324

Ex-Schmiedemeister

für neue Echte Gold

Höchste Preise

für Bruch und Gegenstände aus

Gold

Wertgegenstand Welt-

Silber

Gebiß- u. Bräutstifte

Alte Gebisse

Brillanten

E. Beydrich

Wählerstr. 8,

nächste Straße der Rathausmauer.

Tel. 657. Tel. 657.

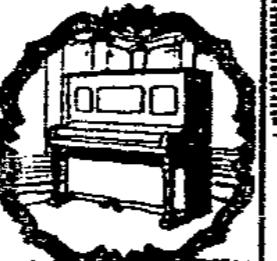
Gezeigt die höchste

Qualität Gold.

Preise freibleihend bei Dollarsturz.

Schnelle und diskrete Abfertigung.

Paul Schumann
u. Sohn
Breiteweg 180.



Pianos : Flügel
Kunstspieldinstr.

FEURICH : :
SCHWECHTEN
212 n. a.

Damen- u. Herrenräder
ausser, weiß, gr. Persch,
Beberl. 18. L. Kettlau.

Raute, Lanzen, Druck
und Gegenstände aus

Gold und Silber
Brillanten u. :
zu höchsten Preisen.

Arthur Harprecht
Hartstraße 8.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.

W. Träbert
Fernsprecher 1.1.

Stellenangebote
haben den besten Erfolg

in der
Volksstimme
denn sie ist die weltweit
verbreitetste

Arbeiter-Zeitung
in der
Provinz Sachsen.